7. Jahrg. Nr. 24 A

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Eichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

**Anzeigenpreis:** Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklame-Preis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Donnerstag, 29. Januar 1925.

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,25 Mk. wöchentl. 50 Pf. Einzelnr. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf.

Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau Ring 6337.

# Bauer, Heilmann, Gradnauer als Hehler entlarvt!

## Das amtliche Material im Barmatskandal. — Empfehlungsbriefe des Herrn Severing.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages zu dem Barmat-Kutisker-Skandal lieferte gestern interessante Einzelheiten.

Ein Vertreter des preußischen Innenministeriums brachte ein Schreiben herbei, das aus dem Privatbüro des Herrn Severing stammt und in dem es unter anderem heißt:

**„Der Minister wird von dem Reichskanzler Bauer gebeten, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Barmat, die der holländischen Gesandtschaft angehört, auf ihrer Durchreise durch preußisches Gebiet nach Holland keine Schwierigkeiten bereitet werden."**

Also die Unschuld des Herrn Severing scheint auch in dieser Sache etwas ramponiert zu sein. Herr Severing wird sich wohl schwer von diesem Schreiben lossagen können.

Wie der Finanzrat Brebenfeld in der gestrigen Ausschußsitzung mitteilte, wurden die Geschäfte von Julius Barmat mit der Preußischen Staatsbank im Mai 1923 aufgenommen. Der frühere Reichskanzler Bauer und der sächsische Sozialdemokrat Dr. Gradnauer schickten ein Empfehlungsschreiben für die Barmats am 12. Mai 1923 an die Preußische Staatsbank, worauf die Barmats tatsächlich Kredite erhielten, die nach Mitteilung des Ausschusses die Kreditfähigkeit der Barmats überschritt.

Der Vertreter des Preußischen Innenministeriums teilte außerdem mit, daß die vier Gebrüder Barmat ihre Einreise nach Deutschland vollzogen hatten, nachdem ihnen der Aufenthalt in Deutschland auf eine Empfehlung des Sozialdemokraten Bauer vom 26. April 1922 bewilligt worden ist.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten an ihrem Parteigenossen Barmat, der einer der größten Schieber der Weltgeschichte ist, nicht nur freundschaftliche, sondern auch geschäftliche Gefühle hatten. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir auch das Schreiben des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Heilmann, vom 31. 3. 1924 verstehen. Das Schreiben war gerichtet an den Finanzminister Dr. v. Richter und hatte folgenden Wortlaut:

**„Sehr geehrter Herr Minister! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Freund Julius Barmat, ein Großkaufmann, der bisher mit der Preußischen Staatsbank in guten Geschäftsbeziehungen gestanden hat, auch dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung empfehlen würden."**

Wir wissen und auch Herr Heilmann weiß, daß die Barmatclique gerade während der Inflation einen unaufhörlichen Raubbau an der Gesundheit der deutschen Arbeiter getrieben hat. Doch dieser Sozialdemokrat, der Aufsichtsrat der Korruptions- und Schiebersirma ist, bittet um weitere wohlwollende Berücksichtigung für seinen Freund Barmat, wahrscheinlich damit derselbe noch weiter und in größerem Ausmaße die deutschen Arbeitermassen betrügen kann.

Es war nach dem Bericht der gestrigen Untersuchungsausschußsitzung möglich, daß Barmat im Oktober 1923, also gerade während der Zeit, wo der deutsche Arbeiter sich von seinem Lohn ein Pfund Margarine pro Woche kaufen konnte, die meisten Kredite bezog, die überhaupt von der Reichsbank herausgegeben worden sind. Die sozialdemokratischen Regierungsmänner haben ein warmes Herz für die „Neureichen" gehabt, und der Sozialdemokrat Bauer, der am Tage der Nationalversammlung erklärt hat, in Deutschland wird es in Zukunft keine Millionäre mehr geben, steckt jetzt mit seinem Freunde Barmat unter einer Decke.

Mögen die Arbeiter verrecken, wenn die Barmats nur leben und „wohlwollende Berücksichtigung" finden, das war die Parole der Barmatsozialisten, für die ein ordentlicher Batzen vom Geschäft abfiel.

Severing, Heilmann, Bauer, Richter, die ganze sozialdemokratische Elite, die in Volksversammlungen ein großes Herz für die Nöte des arbeitenden Volkes zeigen, sind gleichzeitig die Freunde der Barmats.

Was hat aber Barmat mit den hungernden Volksschichten gemein? Nichts weiter, als daß er sich von ihnen mästet. Die sozialdemokratischen Freunde Barmats mästen sich an der Dummheit der Arbeiter und unterstützen die größten Volksausbeuter.

## Kampf um den Achtstundentag in Polnisch-O.S.

Sonntag, den 18. Januar, wurde Polnisch-Oberschlesien zum Schauplatz einer mächtigen Gärung der Arbeiterklasse. Es handelte sich um die Wiederherstellung des Achtstundentages in den Gruben und Hütten.

Am 21. Januar war der Termin vorbei, an welchem der Zehnstundentag auf Grund der Vereinbarungen zwischen Kapitalisten und reformistischen Gewerkschaftsführern aufgehoben werden sollte. Die Kapitalisten wollten jedoch um jeden Preis den Zehn- bezw. Zwölfstundentag beibehalten, obwohl sie ihn im Juli mit der Ausrede einführten, daß dies bloß eine vorübergehende Maßnahme sei und taten alles, was in ihren Kräften stand, um die Einführung des Achtstundentages zu unterbinden. Diese Aufgabe wurde ihnen von den opportunistischen Gewerkschaftsführern aller Nationen und Konfessionen erleichtert.

Ungefähr eine Woche vor dem Erlöschen des Abkommens, das den Arbeitstag verlängerte, traten alle Gewerkschaftsführer Polnisch-Oberschlesiens in Warschau zusammen, um mit den Kapitalisten zu verhandeln. In weichen Klubsesseln wurden hinter Schloß und Türen die Verhandlungen über des Arbeiters Leben und Blut mit den gewinnsüchtigen Ausbeutern geführt. Die Führer haben also wieder einmal ihr wahres Antlitz gezeigt, wie sie es verstehen, die Arbeiterinteressen an das Kapital zu verkaufen und wie sie es weiterhin verstehen, die Massen vom Kampfe abzulenken, wenn diese sich um irgendeine Forderung in Bewegung setzen. Die reformistischen Führer deutscher und polnischer Zunge haben das Abkommen über die Zehn- und Zwölfstundenarbeit auf weitere 6 Monate unterschrieben und die Besitzenden können erneut 6 Monate lang aus der Hand in den [illegible] Gewinne ziehen und [illegible].

Dafür lobte auch die kapitalistische Presse mit Freuden die Reife der Arbeiterführer, welche die Lage der Gruben- und Hüttenindustrie verstanden haben und ohne Dank der Revolte auf die Bedingungen der Unternehmer eingegangen waren. Sie preist desgleichen die ungeheure Reife der Gewerkschaften, welche sich auf den staatserhaltenden Boden stellen und bereit sind, alles für den Staat zu opfern. Die Verräter bekommen also reichliches Lob von seiten ihrer Herren, deren Lakaien sie sind.

Die einzigen, die diese Eintracht zwischen Kapitalisten und opportunistischen Arbeiterführern stören, sind die Kommunisten. Sie lassen sich nicht durch schöne Worte von Staat und Vaterland betören, weil sie wissen, daß sie hinter diesem kapitalistischen Gerede die rücksichtsloseste Ausbeutung der Arbeiterklasse verbirgt. Immer mehr Arbeit und größere Gewinne, das ist die Losung der besitzenden Klasse. Sie wollen jeden Widerstand der Arbeiterklasse brechen und alle mühselig erkämpften Errungenschaften wieder beseitigen, damit die Arbeiterschaft wiederum im Sklavenjoch front. Deshalb also zwingen sie die Arbeiter auf der einen Seite zu zehn- und zwölfstündiger Arbeit, auf der anderen Seite aber werfen sie Tausende von Arbeitern aufs Straßenpflaster. Vierzigtausend Arbeitslose gibt es bereits seit Monaten in Polnisch-Oberschlesien, welche mit einer kärglichen Unterstützung im größten Elend leben und trotz alledem plädieren die reformistischen Gewerkschaftsführer für den Zehn- und Zwölfstundentag, anstatt sich dafür einzusetzen, das Dreischichtensystem zu 8 Stunden durchzuführen.

Angesichts dieses Verrates versuchten also die Kommunisten die Massen zu einer Kundgebung und damit auch zu einer Einleitung des Kampfes um den Achtstundentag zu organisieren. Am Sonntag, den 18. Januar sollte die Arbeiterschaft mit den Erwerbslosen zu einer Massendemonstration in Kattowitz sich sammeln und dort sollte unter dem Schutze der demonstrierenden Masse ein allgemeiner Betriebsrätekongreß abgehalten werden. In Polen sind die Zeiten eines legalen Kongresses vorbei. Jede klassenbewußte Aktion des Proletariats wird von der Regierung grausam verfolgt. So auch diesmal. Die Kapitalistenklasse hatte die ihr drohende Gefahr erkannt. Zwei frühere Betriebsrätekomitees, die die Aktion der Arbeiter vereinheitlichen und leiten sollten, sitzen bereits seit Monaten hinter Schloß und Riegel. Unter dem Schutze der angesammelten Massen sollte also ein neues Betriebsrätekomitee, d. h. eine neue Kampfleitung gewählt werden.

Die Stimmung unter den Massen war eine gute. Besonders bei den Erwerbslosen machte sich eine ungeheure Gärung bemerkbar und die Erwerbslosen hatten schon auf einer vorausgegangenen Konferenz eine Exekutive der Erwerbslosen für ganz Polnisch-Oberschlesien gebildet. Diese Exekutive der Erwerbslosen hatte nun eine Verständigung mit allen Anlagen Polnisch-Oberschlesiens herbeigeführt und ermahnte die Betriebsräte, auch ihrerseits eine ebensolche Exekutive zu schaffen. Diese beiden Komitees sollten dann zusammengeschweißt ein sogenanntes Verständigungskomitee abgeben, welches die Leitung aller Aktionen der Arbeiter und auch der Erwerbslosen zentralisieren sollte.

Die Losung der Demonstration für den 18. Januar in Kattowitz wurde [illegible] durch [illegible]blätter, die [illegible]

## Wer soll in Preußen regieren?

Breslau, 29. Januar.

In den gutgefüllten Zentralhallsälen sprach gestern abend unser Landtagsabgeordneter, der Genosse Richard Schulz-Dittersbach, über das Thema: „Die Vorgänge im Preußischen Landtag und was nun?"

Genosse Schulz ging ausführlich auf die Taten der Barmat-Severing-Regierung ein. Seit 3½ Jahren wirtschaftet dies Kabinett und es hat so gut gewirtschaftet, daß den Arbeitern fast sämtliche errungenen Rechte abgenommen wurden, und daß die Kapitalshyänen (siehe Barmat) mit Einwilligung der Preußischen Regierung sich ungeheure Gelder in der größten Not der deutschen werktätigen Bevölkerung erwerben konnten. Die Preußische Regierung stimmte den Abbau des Achtstundentages zu. Der Preußische Innenminister wurde der

**beste Polizeibütter der deutschen Bourgeoisie.**

Die preußische Regierung tat nichts zur Hebung der sozialen Not der Kleinrentner, der Kriegshinterbliebenen, der Erwerbslosen. Während

**für den Rennsport allein 20 Millionen bewilligt wurden,**

hat man für Säuglings- und Mutterschutz

**nur 100 000 Mark**

übrig gehabt. Die preußische Regierung tat nichts für eine Amnestie der politischen Gefangenen. Sie war mit dem Terror gegen die Arbeiterklasse vollkommen einverstanden. Unser Genosse Schulz belegte seine Ausführungen mit ausführlichem Material, das aus den Stenogrammen der verflossenen Regierungszeit der Braun-Severing-Regierung herrührt.

Die Kommunisten haben von Anfang an dieser schwarz-rot-goldenen großen Koalitionsregierung den schärfsten Kampf angesagt, weil ihr ganzes Streben danach gerichtet war, den Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung wieder aufzurichten. Sozialdemokratische Minister gebrauchten zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen dieselben Mittel und Methoden wie die schwärzesten Reaktionäre. Die Kommunisten ließen sich beim Sturz der Regierung Severing-Braun nicht leiten von dem schwarz-rot-goldenen Anstrich der Sozialdemokraten, sondern von ihren Taten und ihren Verbrechen an dem arbeitenden Volke.

Die Sozialdemokraten werfen uns vor, daß wir Kommunisten mit den Reaktionären Hand in Hand gehen. Wir müssen jedoch feststellen, daß es einzig und allein die Schuld der Sozialdemokratie ist, wenn die Reaktion es sich heute leisten kann, den Sozialdemokraten den Fußtritt zu geben.

**Die Bourgeoisie liebt den Verrat, jedoch nicht den Verräter.**

Dieselbe Volkspartei, die noch vor dreieinhalb Jahren gesagt hat, wir brauchen die Sozialdemokratie als Regierungspartei, stimmt jetzt gegen die Sozialdemokratie, obgleich sie mit ihr in einer Regierung sitzt, weil der Mohr seine Schuldigkeit getan hat. Selbst die Zentrumspartei, die im Wahlkampf das Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen hat, ist heute die Antreiberin zum Rechtsblock geworden, denn ohne Zentrum wäre auch der Rechtsblock im Reiche nicht entstanden.

Die Tribünenbesucher, die in der Sitzung am Tage des Sturzes der preußischen Regierung anwesend waren, verstanden die Handlung der kommunistischen Landtagsfraktion. Sie hatten die Hilflosigkeit der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen mit eigenen Augen gesehen und stimmten, weil sie von der Unfähigkeit des preußischen Parlaments überzeugt waren, mit den Kommunisten die Internationale an.

Genosse Schulz ging dann noch auf die heutige [illegible] ein und endete mit dem Ruf: Einst kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein!

Das Referat des Genossen Schulz wurde des öfteren durch großen Beifall unterbrochen.

In der Diskussion sprachen zwei Syndikalisten, deren Worte jedoch auf unfruchtbaren Boden fielen, weil keinem anwesenden Arbeiter der Unsinn einleuchtete, den sie verzapften.

Genosse Dombrowski und Genossin Kupke gingen dann noch auf aktuelle Tagesfragen ein.

**Unter dem brausenden Hoch auf die Kommunistische Internationale und mit dem Gesang der Internationale wurde die Versammlung geschlossen, die aufs neue beweist, daß ganz allmählich die Massen wieder aus dem Schlaf, in den sie durch den sozialdemokratischen Fusel versetzt wurden, erwachen.**

## Das Los der Daweseisenbahner.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Januar.

**In Köln werden in den nächsten Tagen tausend Eisenbahnbeamte und 1135 Eisenbahnarbeiter entlassen. In Elberfeld werden 2000 Eisenbahner entlassen und in Essen sollen 3000 Eisenbahner entlassen werden.**

**So sieht der angekündigte Segen des Sachverständigen-Gutachtens für die Eisenbahner aus. Wer wird noch dem sozialdemokratischen Schwindel trauen?**

## Die Geduld der Erwerbslosen erschöpft.

### Die Notstandsarbeiter im Streik.

(Eigener Drahtbericht.)

Waldenburg, 29. Januar 1925.

**Die Waldenburger Notstandsarbeiter haben gestern mittag ihre Arbeit niedergelegt. Die auf gestern nachmittag angesetzte Stadtverordnetenversammlung von Waldenburg ist im letzten Moment abgeblasen worden, wahrscheinlich, weil sich der Magistrat und die Herren Stadtverordneten vor einer Demonstration der Notstandsarbeiter fürchteten.**

**Nach Eingang neuer Meldungen werden wir sofort ausführlich berichten.**

## Vazisismus auf Abbruch.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Januar.

**Im englischen Unterhaus wurden in der letzten Sitzung die Gelder zum Bau von vier neuen Schlachtkreuzern bewilligt.**

**Man vergleiche hiermit den sozialdemokratischen Friedensengel, der uns durch die Annahme des Sachverständigengutachtens entlastet ist.**

der Exekutive der Erwerbslosen herausgegeben wurden, agitiert. Die Zentralisierung der Betriebsräte, die Schaffung eines zentralen leitenden Körpers, der die Massen zum weiteren Kampf führen und leiten sollte, waren die Hauptforderungen und Punkte dieser Flugblätter.

**Schon in aller Frühe begannen sich in allen Orten Oberschlesiens Gruppen zu bilden, um nach Kattowitz zu marschieren. Dies erwies sich jedoch als unmöglich, da alle Straßen und Wegkreuzungen von ungeheuer starken Polizeiposten besetzt waren. Manche Orte, wie Schwientochlowitz, Schlesiengrube waren von außen umzingelt und niemand wurde aus den Gemeinden hinausgelassen.** Keine Erklärung, keine Legitimierung half. In Königshütte wurden Leute, die Aerzte besuchen mußten, zurückgehalten und nach Hause geschickt. In Bismarckhütte und Schwientochlowitz stand Polizei auf den Bahnhöfen und untersagte den Verkauf der Fahrscheine nach Kattowitz. Aus den Straßenbahnen wurden die Arbeiter mit Gewalt herausgezerrt. Ein wahrer Kriegszustand herrschte in ganz Polnisch-Oberschlesien. Da die oberschlesische Polizei nicht ausreichte, wurden große Verstärkungen aus Kongreßpolen hinübergeholt. In der Königshütter Markthalle waren größere Kadres von Kavallerie einquartiert. In Kattowitz standen in fast sämtlichen Hausfluren auf dem Ringe Maschinengewehre aufgepflanzt.

So rüstete sich die herrschende Klasse gegen hungernde Arbeiter. Die Arbeiter empfingen also wieder einmal den Beweis dafür, daß die Regierungen immer und einzig und allein nur die Privilegien der Ausbeuter beschützen.

Dem Polizeiterror zufolge kam also der allgemeine Kongreß nicht zustande, weil die Arbeiter immer noch nicht sich dazu aufschwingen konnten, diese gegen sie aufgebaute Polizeifront mit Gewalt zu durchbrechen. Die Demonstration hatte also nicht ihren Zweck, die Bildung eines neuen Aktionskomitees der Betriebsräte, erreicht. Sie hat aber auf der anderen Seite bewiesen, daß, wenn es der Arbeiterschaft darauf ankommt, die Arbeiter imstande sind, ihren Willen durchzusetzen.

Nach diesem Verlauf der Demonstration steht nun vor dem Proletariat Polnisch-Oberschlesiens die Frage — Was nun? —

Es ist klar, daß die Angriffe des Kapitals sich immer mehr verschärfen müssen. Die Krise der oberschlesischen Industrie ist keine vorübergehende. Die oberschlesische Kohle und das oberschlesische Eisen suchen umsonst nach neuen Absatzgebieten. Deutsche und englische Konkurrenz verdrängen auf Grund ihrer größeren Konzentrierung die oberschlesischen Erzeugnisse. Die Krise wird sich also immer mehr verschärfen. Neue Aussperrungen, neuer Lohnabbau stehen also bevor. Der Arbeiterschaft kann also niemand mehr helfen. Sie muß sich aufraffen zu neuen Vorstößen, zu neuen Aktionen gegen das Kapital. Sie muß sich ihre festgefügten Formationen und Organisationen schaffen, mit denen sie sodann gegen das Kapital zu Felde ziehen kann. **Die Zusammenfassung der Betriebsräte und die Ernennung eines neuen Aktionskomitees muß nach wie vor das Bestreben der polnisch-oberschlesischen Arbeiterschaft sein.**

Dieselbe Aufgabe steht dem Proletariat Deutsch-Oberschlesiens bevor. Nur im gemeinsamen Kampf der deutschen und der polnischen Arbeiter kann der Achtstundentag wiedererobert werden.

Auch hier demonstrierten die Arbeiter am 18. Januar für den Achtstundentag. Aber auch hier war zu verzeichnen, daß nicht restlos alle Arbeiter auf der Straße erschienen und somit die Straßen vollends beherrschten. In Deutsch-Oberschlesien sollte das Arbeitszeitabkommen über die Zehn- und Zwölfstundenschicht bereits am 15. Januar beendet sein und ist, wie wir hören auf Grund von Verhandlungen zwischen Staat und Unternehmern bis zum 1. April verlängert worden. Die Arbeiter Deutsch-Oberschlesiens werden also ebenso wie die Arbeiter Polnisch-Oberschlesiens den Kampf aufnehmen müssen, für die Beseitigung der Zehn- und Zwölfstundenschicht, für die Wiedereroberung des Achtstundentages. Hand in Hand muß also die Arbeiterschaft Deutsch- als wie Polnisch-Oberschlesiens seine Aktionen einheitlich gestalten, damit sie einen positiven Erfolg haben und zum Ziele führen.

In der Einigkeit liegt unsere Kraft.

**Es lebe der revolutionäre Zusammenschluß des deutschen und polnischen Proletariats in Oberschlesien!**

---

In Paris soll ein internationaler Kongreß der Waffenfabrikanten stattfinden, die ihre Geschäfte für den nächsten Krieg vorbereiten.

# Der Hamburger Aufstandsprozeß

**Hamburg, 27. Januar.**

4. Verhandlungstag (Fortsetzung).

Während der Verlesung der Artikel der „Hamburger Volkszeitung" am Nachmittag des 4. Verhandlungstags will Staatsanwalt Reuter die Parole der „Arbeiterregierung", wie sie vor dem Oktober propagiert wurde, als an sich verfassungswidrig hinstellen. Dazu erklärt Urbahns ironisch, wie die Arbeiterregierung damals gedacht war: „Im Hamburger Senat hatte die SPD. 67, die KPD. 16 Abgeordnete, denen eine Minderheit von 53 der übrigen Parteien gegenüberstand. Wenn also die SPD. und KPD. zusammen einen Arbeitersenat gebildet hätten, so hätte sie, theoretisch gesagt, auf die parlamentarische Mehrheit gestützt ganz verfassungsgemäß z. B. bewaffnete Hundertschaften aufstellen können. Allerdings hätte dann die Konterrevolution sofort ihre Faschistenverbände auf die Schanzen gerufen und den Arbeitersenat genau so zum Teufel gejagt, wie die Reichsregierung die sächsische Arbeiterregierung mit Reichswehrsoldaten wegjagte. Sie haben recht, Herr Staatsanwalt, diese zunächst ganz gesetzlichen Zustände mußten zum Bürgerkrieg führen und haben zum Bürgerkrieg geführt. Aber die Kapitalistenklasse ist es, die den Bürgerkrieg eingeleitet hat. Wenn er zugunsten der Kapitalistenklasse ausging, so ist es nur der SPD. zu verdanken. Sie haben recht, Herr Staatsanwalt, das Beispiel Sachsen beweist es. Die sächsische Regierung war völlig verfassungsmäßig und konnte mit Artikel 48 z. B. die Stillegung der Betriebe verbieten.

**Ich bedaure nur, daß sie nicht tatsächlich die Bewaffnung der Arbeiter durchführte.**

All das war der sächsischen Regierung auf Grund des Artikel 48 gestattet. Es war völlig gesetzmäßig Lebensmittel für die hungernden Arbeiter zu beschlagnahmen usw. Es wäre ebenso gesetzlich gewesen, wenn eine Hamburger Arbeiterregierung die Oeffnung der Hamburger Werftbetriebe auf Grund des Artikels 48 angeordnet hätte.

Staatsanwalt Reuter erklärt, in Schiffbeck hätten die Arbeiter am ersten Tage des Aufstandes sofort auf Plakaten die Diktatur des Proletariats verkündet.

Genosse Urbahns stellt zunächst fest, daß das Plakat in Schiffbeck weder seine Unterschrift, noch die der Zentrale trug. „Solche Plakate sind gerade ein Beweis, daß die Arbeiter nach instinktivem Empfinden viel besser als die Zentrale der KPD. begriffen, was im Augenblick notwendig war, um die Herrschaft des Proletariats zu sichern, und daß die Arbeiter- und Bauernregierung nach den schlechten Erfahrungen in Sachsen jedenfalls der falsche Weg gewesen war."

5. Verhandlungstag.

Zu Beginn des 5. Verhandlungstages protestiert Rechtsanwalt Genosse Hegewisch dagegen, daß er unter Hohn und Spott von der Polizei am Saaleingang nach Waffen untersucht worden sei. Der Tag ist ebenso angefüllt von der Verlesung der Dokumente. Doch ein Schlager des Staatsanwalts nach dem andern wird von den Angeklagten mit beißender Ironie abgetan. Der Staatsanwalt führt sogar als „hochverräterisch" Artikel ins Feld, die in der „Hamburger Volkszeitung" erschienen, als diese unter polizeilicher Vorzensur stand. Der Staatsanwalt hält Parteibefehle für „militärische" Befehle usw., bis er endlich zu den illegalen Nummern während des Hamburger Aufstandes kommt, wobei er behauptet, solche Kämpfe hätte die KPD. im ganzen Reiche erhofft.

Bis zum Schluß der Nachmittagsverhandlung werden Rundschreiben der Bezirksleitung usw., größtenteils mit Urbahns Unterschrift verlesen. Das erste Rundschreiben stammt aus dem März 1923. Der Staatsanwalt hat darin die Stelle rot angestrichen, wo von Kampfmachung von Kraftfahrern — zur Maifeier die Rede ist. (Der Vorsitzende schüttelt über die roten Striche des Staatsanwalts den Kopf.) Ein Rundschreiben mit der Unterschrift Koeppen erklärt Levy für echt, doch sei Koeppen nicht der Urheber gewesen. Ein Rundschreiben vom 17. Oktober zur „Information der Kommissare" spricht von Kampfvorbereitung innerhalb zwei bis drei Wochen. In diesem Zusammenhange betont Urbahns, daß der von dem Spitzel Selbiger beschuldigte Levy niemals Kommissar gewesen ist. In einem Rundschreiben nach dem Hamburger Aufstand analysiert Urbahns Geschehnisse in Sachsen, das abgekartete Spiel zwischen den Sozialdemokraten und weißen Generälen, analysiert weiter die Fehler der Leitung der KPD., stellt knapp und sachlich die Hamburger Kämpfe dar und zieht ihre außerordentlichen militärisch-technischen Lehren. Es gibt lebhafte Auseinandersetzungen mit dem Staatsanwalt Reuter. Hegewisch und Urbahns stellen die Verzerrungen der Anklageschrift richtig. „Nach meiner Ueberzeugung wäre es selbstverständlich Pflicht gewesen, daß der Hamburger Aufstand sofort überall im Reiche durch Generalstreik unterstützt worden wäre. Daraus schließen zu wollen, daß ich den Hamburger Aufstand gerade zu dem Zweck gemacht hätte, um einen Druck auf die Zentrale der KPD. auszuüben, das ist von der Staatsanwaltschaft mehr als kühn." — „In den Hamburger Kämpfen hat sich eine außerordentliche Aktionsbereitschaft des Hamburger Proletariats gezeigt", so fügt Hegewisch hinzu, „da war es nach Auffassung von Urbahns ein großer Fehler der Parteizentrale, wenn sie nicht zu Massenkämpfen im Reich aufrief, um zu verhindern, daß ein Teil der Arbeiterklasse, der sich zu weit vorwagte, verbluten müsse.

Mittwoch ist keine Verhandlung. Am Donnerstag beginnt die Zeugenvernehmung.

---

## Genosse Wilhelm Biewald wieder in Freiheit.

**Waldenburg, 28. Januar.**

Genosse Wilhelm Biewald, der im April 1924 aus der Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" heraus verhaftet wurde, ist heute aus dem Kerker entlassen worden. **Genosse Biewald hat acht Monate in Untersuchungshaft gesessen und zwei Monate in Strafhaft. Biewald wurde infolge Verleumdungen des sozialdemokratischen Denunziantengesindels zu der letztgenannten Strafe verurteilt. Die Waldenburger Arbeiterschaft holte unter Vorantragung roter Fahnen ihren wackeren Genossen vom Bahnhof ab. Dort hielten die Genossen Habeck und Rotter Ansprachen, die vom Genossen Biewald erwidert wurden. Mit einer Demonstration durch die Stadt und einer Versammlung in der Stadtbrauerei schloß die machtvolle Kundgebung.**

**Wir begrüßen den tapferen Genossen, den die sozialdemokratischen Denunzianten zur Strecke bringen wollten, und hoffen, daß er bald wieder seine Kraft in den Dienst des schlesischen revolutionären Proletariats stellen wird.**

---

## Die Wirtschaftskrise in Holland.

(Eigener Drahtbericht.)

**Berlin, 29. Januar.**

**Auf sämtlichen staatlichen Zechen mußten in den letzten Tagen infolge Absatzmangel und infolge zu starker Konkurrenz der deutschen Kohle Feierschichten eingelegt werden.**

Weil der deutsche Arbeiter so billig arbeitet, geht man den Arbeitern auch in Holland an den Kragen und muß ihn zwingen, auch dort billiger zu arbeiten.

---

# Kurze Auslandsnachrichten.

In Helsingfors fanden die Wahlmännerwahlen für die Präsidentschaft statt. Von den gewählten 300 Wahlmännern gehören 69 der Agrarpartei, 68 der finnischen Sammlungspartei, 35 der schwedischen Volkspartei, 33 der finnischen Fortschrittspartei, 79 den Sozialdemokraten und 16 den Kommunisten an.

**Die rumänische Bauernpartei** wurde auf Befehl des Militärrats aufgelöst. Die Polizei hat die Anweisung erhalten, alle Führer zu verhaften.

**In Estland** wurde ein „freiwilliger Schutzverband zur Unterstützung der Armee" im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gegründet. Die Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen, haben dagegen natürlich nichts einzuwenden.

**Die Lage in Albanien** ist kritisch. Der größte Teil der Intelligenz ist ins Ausland geflohen. Die Kämpfe der armen Bauern gegen die Faschistenregierung dauern an.

**In Warsdrau** wurden 30 Mitglieder des Lederarbeiterverbandes wegen angeblicher kommunistischer Tätigkeit verhaftet.

**Englische Schulkinder** weigerten sich in einer Arbeiterstadt, die Nationalhymne zu singen und die Nationalflagge zu grüßen. In den daraus entstandenen Konflikt griffen die Arbeiterorganisationen für die Kinder ein. Der Fall machte in England großes Aufsehen.

---

# MESS MEND

27

oder

## Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

„Warten Sie mal. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man Wassilow beseitigen und Arthur Rockefeller mit Wassilows Papieren nach Rußland schicken wird ..."

„A-a!" ließ das Mädchen leise aus.

„Dann nehmen Sie Rache, Ms. Orion. Wenn Sie es verstehen ... Sie werden als die Frau des Verschwörers gelten, — stellen Sie sich an, als wenn Sie nichts ahnten. Sie werden ihn tagaus tagein beobachten, jeden seiner Schritte verfolgen und die Fäden der niederträchtigen Verschwörung aufdecken können. In dem Moment, da Sie alle Fäden in Ihrer Hand haben, unterrichten Sie die Sowjetmacht darüber. Haben Sie es verstanden?"

„Ja!" rief das Mädchen aus. „Nochmals, — ich danke Ihnen."

„Du wirst sie sofort zur „Amelie" bringen," wandte sich Tingsmaster an den Dienstmann, „unterrichte Sorrow darüber, — er soll sie mit allem Notwendigen versehen. Sorrow soll während der Fahrt stündlich ein Radio vom „Torpedo" entgegennehmen. Wir schicken den Monteur Bisi, der darüber wachen wird, daß Wassilow nichts geschieht. Verstanden? Geh ..."

„Mic," stöhnte der arme Johns, seinen Bart kraulend, „wem soll ich denn den Rest des Geldes einhändigen und wer wird mir meine Laufereien ...?"

„Behalte das Geld für dich", rief Tingsmaster und trieb Johns und das Mädchen auf den Weg zum Telegraphenturm.

Eine halbe Stunde darauf nahm eine junge, verschleierte Dame auf dem Dampfer „Amelie" eine Kajüte erster Klasse ein, während der Techniker Sorrow von Johns die Instruktionen von Tingsmaster erhielt.

Dicke Rauchschwaden quollen aus den Schornsteinen, die Schiffsbrücke ist hochgezogen. Deck, Raben, die zahllosen Fenster der Kajüten sind voller Köpfe, Mützen, winkender Taschentücher. Alles winkt, pfeift, schreit, nickt, und die Menge am Ufer winkt, pfeift, kreischt, nickt den Abfahrenden nach. Der Dampfer „Amelie" beschreibt einen eleganten Bogen und dampft dem fernen Ziele zu.

### Beauty's riskantes Unternehmen.

Es wird wohl kaum jemand behaupten können, daß er Micael Tingsmaster in einem solchen Zorn gesehen hat. Mic schlug mit der Faust auf den Tisch:

„Die Schurken! Nicht einmal Frauen verschonen Sie! Wenn ich nur diesen Mann aufspüren könnte!"

„Mend Meß", klang es hinter der Wand.

„Meß Mend", erwiderte er hastig, und der Schornsteinfeger Tom sprang mit der Geschicklichkeit eines Affen ins Zimmer.

„Mic", begann er stotternd.

„Nun?"

„Mic, manche behaupten, daß ich ein Teufel sei, aber ich bin selbst nahe daran, an den Teufel zu glauben. Wie du uns befohlen hast, haben Van-Gopp und ich Tag und Nacht die „Patriziane" bewacht. Und immer, wenn wir irgendwo in der Wand sitzen, — hören wir, daß jemand unter uns, ebenfalls in der Mauer, herumschleicht und uns fortwährend bewacht. Und bei Gott, Mic, — mich hat nur die Verleumdung zu einem Teufel gemacht, aber ich schwöre dir bei meinem Kopf, daß der Kerl unter uns der leibhaftige Satan sein muß ..."

„Also ich hört noch immer im unterirdischen Gang Schritte?"

„Nenne es einen unterirdischen Gang, Mic, aber Van-Gopp und ich nennen es den Teufelspfad!"

Tingsmaster sah Toms breite, schwarze Visage an, wollte ihm kräftig antworten, ließ es aber bleiben und trat mit entschlossenen Schritten zur Tür. Er öffnete sie und rief in die Dunkelheit hinein:

„Beauty! Beauty!"

Ein riesiger, magerer, goldgeiledter Hund stürzte sofort ins Zimmer. Er sprang in großen Sätzen um Tingsmaster, knurrte freundschaftlich, stellte sich auf die Hinterbeine und umarmte seinen Herrn mit der leidenschaftlichsten Zärtlichkeit. Nachdem er sich endlich beruhigt hatte, rollte sich Beauty auf dem Fußboden zusammen und legte den Kopf auf Mic's staubige Stiefel.

„Beauty", sagte Mic zärtlich, sich zu seinem Freund niederbeugend. Der weiße Schwanz begann energisch zu trommeln.

„Beauty, dir steht eine wichtige Aufgabe bevor. Eine verdammt gefährliche Aufgabe. Verstehst du?"

Der Schwanz gab rhythmisch zu verstehen, daß Beauty zu allem bereit sei.

„Ich kann keinen Menschen schicken Beauty, denn es wäre vermutlich sein sicherer Tod. Du wirst dich aber eher aus der Affäre ziehen können. Du mußt wissen, Beauty, daß jener, den wir verfolgen, — der größte Feind deines Herrn ist."

„Rrrrr!" klang es unten.

„Und der größte Feind der Menschheit. Sei also vorsichtig, Freundchen."

„Rrrrr! Wau-wau!" bellte Beauty in wildem Zorn und legte die Pfote auf Tingsmasters Knie.

„Mic," sagte Tom stehend, „was hast du vor. Was kann ein Hund gegen den Teufel ausrichten!"

Aber Tingsmaster machte keine überflüssigen Worte. Er sah sich Beauty's Zähne, Ohren und Pfoten an, legte ihr einen papierdünnen Stahlpanzer um die Brust und band an den Halsriemen einen Strick an, an dem Fleischstückchen aufgereiht waren.

„Paß' auf, Beauty: friß nur ein Stückchen im Tag, nicht mehr", sagte er dem klugen Hunde, der jede seiner Bewegungen aufmerksam verfolgte.

Mic blickte um sich, steckte eine elektrische Laterne und einige Kleinigkeiten in die Tasche, winkte Tom zu und machte sich auf den Weg ...

Kurze Zeit darauf öffnete sich oben vor dem Zimmer ohne Nummer die Tür des Glasschrankes: Mic mit seinem Hunde, Tom und Van-Gopp traten in den Korridor.

Mic drückte auf einen unsichtbaren Knopf, und die Tür schob sich mitsamt Schloß und Riegel in die Wand hinein. Das Zimmer war leer. Die Wohnung des Signor Cice machte überhaupt den Eindruck eines unbewohnten Ortes. Das Bett schien unberührt, die Stühle unverrückt, die Vorhänge an den Fenstern waren stets herunter gelassen. Mic schüttelte den Kopf und ging ohne weiteres auf jenen Platz zu, wo sich die Luke befinden mußte.

„Kein einziges Brett dieses Fußbodens trägt unseren Stempel," flüsterte er seinen Begleitern zu. „mir scheint, daß dies die Höhle eines großen Tieres ist, vielleicht des größten. Alle anderen tanzen nach seiner Pfeife."

(Fortsetzung folgt.)

## Rußlands wirtschaftlicher Aufstieg.

Moskau, 27. 1. 25.

Ein Prawdaartikel, betitelt „Zum Fazit des Plenums des ZK." besagt: das Plenum des ZK. war sehr sachlich, seiner Tagesordnung und seinem Charakter zufolge. Es brachte scharf zum Ausdruck die Lage des Landes: 1. zwei ökonomische Hauptfragen (Budget und Metallurgie) zeugen für die Hebung der Produktivkräfte der Sowjetunion. Zweitens die Frage über die Arbeit unter Proletarierinnen spiegelt die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit wieder, breiteste werktätige Massen zum Sowjetaufbau heranzuziehen. Drittens die trotzkistische „Krise" spiegelte den Kampf der überwiegenden Parteimehrheit gegen die unrichtige schädliche politische Tendenz wieder, welche besonders gefährlich bei neuen Kräfteverhältnissen grundlegender Massen der Sowjetunion wäre. Unlängst verliefen noch Zellsitzungen im Zeichen der Wirtschaftskrise. Falls die Budgetfrage behandelt wird, so handelte es sich um die Defizitdeckung, falls die Metallurgie, so um den Abbau des Defizits. Jetzt ist alles umgekehrt. Die Prüfung des Budgets ergab ein Uebergewicht der Einnahmen über die Ausgaben des Voranschlages. Die Prüfung der Lage in der Metallindustrie ergab die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Erweiterung des Produktionsprogramms der Metallindustrie über den Voranschlag hinaus. Der Wiederaufbau der Metallindustrie hat eine feste Grundlage in den wachsenden Anforderungen der Bauernwirtschaft einerseits und der sich rasch entwickelnden Fertigindustrie andererseits. Es handelt sich nur um das Tempo und die besten Methoden des Fortschritts, nicht um den Zerfall des Landes, wie die Opposition während der vorjährigen Diskussion meinte. **Ueberall herrscht die feste Ueberzeugung, daß eine Periode des raschen ökonomischen Aufstieges bevorsteht.**

Durch die Trotzkiresolution setzte die Partei der letzten Diskussion ein Ende, wobei sie auch eine Reihe praktischer Schlußfolgerungen zog. Der objektive Sinn und der Inhalt dieser Diskussion war die Festlegung des unerschütterlichen Kurses auf ein Bündnis des Industrieproletariats mit dem Bauerntum. Diese Grundfrage bedingt alles übrige, wie das Tempo der Wiederherstellung des Grundkapitals, die Koordinierung der verschiedenen Produktionszweige, die Preispolitik, die Verwaltungspraxis der Rätemacht und die Steuerpolitik.

Das Plenum entschied die Trotzkifrage im Sinne der Liquidierung bestimmter politischer Abweichungen, wodurch auch eine Bilanz der bestimmten Entwicklungsperiode in der Bolschewisierung der KKP. selbst gezogen wurde. Bisher führte der Bolschewismus den Kampf zur Ueberwindung vieler grober sichtlicher Abweichungen, wie Arbeiteropposition. In letzter Zeit mußte die leninistische Orthodoxie den Kampf zur Ueberwindung trotzkistischer Abweichungen führen, womit die Bolschewisierung der Partei auf eine höhere Entwicklungsstufe überging. Die überwiegende Parteimehrheit konnte im Kampfe die leninistische Linie klar erkennen.

Eine klare Rechenschaft über die Faktoren und gegen die Faktoren des Aufstieges kennzeichnen die Arbeit des Plenums. Die Standhaftigkeit der Parteiführung garantiert, daß die Partei nicht in den Fehler der Dünkelhaftigkeit und Hochmütigkeit fällt.

## Ununterbrochene Teuerung in Frankreich.

Das Brot kostet seit dem 21. Januar in Paris 1,50 Frcs. pro Kilo. In den letzten drei Monaten stieg der Brotpreis von 1,10 auf 1,50 Frcs. d. h. um 25 Prozent. Inzwischen haben die Getreidepreise im Großhandel eine weitere Steigerung erfahren, so daß nach zwei Wochen der Arbeiter wieder auf eine Erhöhung des Brotpreises rechnen kann. Das ist in Wirklichkeit das Resultat der Kampfansage gegen die Teuerung, die der Linksblock nach seinem Wahlsiege den Wählern versprach.

## Eisenbahnerstreik in China.

Berlin, 29. Januar.

In China ist ein großer Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Die chinesischen Eisenbahner weigern sich, Truppen zu befördern, da sie sich nicht in Gefahr begeben wollen.

**Auch dieser Streik ist ein Anzeichen, für das ungeheure, rapide Wachsen der Konflikte im fernen Osten.**

## Der Aufwertungsschwindel.

Wenige Tage nach der Reichstagswahl brachte die Deutschnationale Reichstagsfraktion einen Antrag ein auf sofortige Aufhebung der Ebert-Verordnung vom 4. Dezember 1924, die es den Zivilgerichten verbietet, weiterhin Aufwertungen zuzusprechen, die über den Rahmen der 3. Steuernotverordnung hinausgehen. Der deutschnationale Antrag war darauf berechnet, den kleinen Opfern der Inflation, denen die Deutschnationalen die Aufwertung ihrer Sparkassenguthaben, Renten, Kriegsanleihe usw. versprochen hatten, nun vorzutäuschen, daß etwas für sie getan werde.

Nach dem Zusammentritt des Reichstages tagte der neugewählte Aufwertungsausschuß am 20. Januar ergebnislos, die Deutschnationalen hatten ihren Antrag verschleppt. Am Dienstag hatte der Aufwertungsausschuß eine zweite Sitzung. Doch siehe da, die deutschnationale Lutherregierung forderte die Aufrechterhaltung der Ebert-Verordnung. Unter pathetischem Theaterdonner zogen sich Hergt und Genossen zurück und beantragten die Deutschnationalen nochmals Vertagung. Das Justizministerium versprach, in vier Wochen einen Aufwertungsgesetzentwurf einzubringen. Der Finanzminister Schlieben fügte hinzu, man werde die mit der Aufwertung der Anleihen bedenken, die „in der Zeit der Not dem Reich mit ihrem Geld beigesprungen seien, wobei man auch die Bedürftigen nicht vergessen werde". Das heißt auf deutsch: Aufwertung für Krupp und Stinnes, die ja mit den Millionen, die sie an den Kriegslieferungen verdient haben, dem Reich „beigesprungen" sind. Allerdings fügte Schlieben hinzu, man wisse noch nicht, wie man die Spekulation ausschalten könne, ein Trost für Michael und Konsorten, die Kriegsanleihespekulanten.

Damit waren alle bürgerlichen Aufwertungsdemagogen zufrieden.

Für die Kommunistische Fraktion brandmarkte Gen. Höllein die steigende Anwendung des Artikels 48 der Verfassung durch die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen, die den Reichstag immer mehr an die Wand gedrückt und sein Budgetrecht illusorisch gemacht haben. Gleichzeitig nagelte er das frivole Spiel der deutschnationalen Aufwertungsdemagogegen fest, die im Wahlkampf den betörten Inflationsopfern goldene Berge versprachen, aber hinterher von ihren eigenen Ministern ihre Versprechungen sabotieren lassen. Das ganze Manöver laufe auf eine bewußte Irreführung der Inflationsopfer hinaus und diene nur den Raffzwecken der Börsenspekulation. Die Regierung habe trotz ihrer wortreichen Erklärung sich darüber ausgeschwiegen, wie die Mittel für die Aufwertung aufgebracht werden sollen. Die Arbeiterklasse wird es unter keinen Umständen zulassen, daß man ihr, nachdem sie durch die Inflation völlig ausgeräubert worden ist, nun auch die Kosten für eine kapitalistische Aufwertung aufbürde.

Die ganze Verlogenheit der rechtsradikalen Aufwertungsparteien trat am Schluß der Sitzung zutage. Kommunisten und Sozialdemokraten forderten die sofortige Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, was Dr. Hergt und die anderen Rechtsparteiler mit allen Mitteln der Rabulistik zu hintertreiben versuchten. Schließlich wurde unter Vergewaltigung der Geschäftsordnung von den bürgerlichen Parteien gegen den schärfsten Protest der Kommunisten die Annahme des deutschnationalen Antrags durch ihre eigenen Urheber verhindert. Die Entlarvung der Schwindler wäre dadurch gar zu offenkundig geworden. Darum wurde die Regierung beauftragt, binnen acht Tagen einen Gesetzentwurf als Ersatz für die Ebert-Verordnung vorzulegen.

## Die SPD. sabotiert den Streik der Ruhrknappen.

**Saarbrücken**, 29. Januar. Die Tarifkündigung seitens der Bergarbeiter trat vorgestern in Kraft. Am 28. d. Mts. fanden in Paris Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrat der Saargruben und den Gewerkschaften. Die Bergarbeiter sind zum Streik fest entschlossen, falls keine Aufbesserung ihrer Löhne erfolgt.

Obgleich die Sozialdemokraten bereits vor vier Wochen gewußt haben, daß am 27. Januar der Tarif ablief und Kämpfe zur Erringung höherer Löhne bevorstehen, haben sie nichts getan, um eventuelle Kämpfe vorzubereiten. Sie stehen in einer Front mit den Christen, die ein Interesse daran haben, jeden Streik der Bergarbeiter von vornherein unmöglich zu machen.

## Die ostoberschlesische Wirtschaftskrise.

Am vergangenen Sonnabend hielten die Unternehmerorganisationen Ost-Oberschlesiens eine Konferenz ab, in der sie über die Wirtschaftslage Ostoberschlesiens sprachen. Nach den Berichten, die gegeben wurden, sind auf fast allen Gruben erneut in steigendem Maße Feierschichten eingelegt worden. Weiter planen die Grubenbarone die Entlassung von 20 Prozent der noch beschäftigten Grubenarbeiter. Die Grubenbarone sahen sich genötigt festzustellen, daß durch das Einzelabkommen die Krise in ihrer Industrie nicht behoben werden kann. Sie hoffen auf ein günstiges Handelsabkommen mit Deutschland. Doch bei der jetzigen Wirtschaftslage in Deutschland sehen einige der Grubenbarone auch keine wesentliche Besserung der ost-oberschlesischen Verhältnisse. Unter der ewigen Krise in Ost-Oberschlesien tritt natürlich eine große Radikalisierung der Arbeitermassen ein, zumal die Gruben auch technisch verfallen.

Grünberg, 27. Januar.

Die Generalversammlung des DMV. (SPD.-Mehrheit) nahm einstimmig zwei Resolutionen an, deren jede die Freilassung der proletarischen Gefangenen und die andere die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit fordert.

# Laßt der SPD. Gerechtigkeit widerfahren!

**Von Karl Radek.**

Eine trübe, gelbe Woge der Verleumdung umbrandet die Wände der sozialdemokratischen Feste. Sie versucht, den Wall der acht Millionen Arbeiterstimmen, der durch die mühsame Arbeit der Führer der deutschen Sozialdemokratie zum Schutze des deutschen Kapitalismus aufgerichtet wurde, hinwegzuspülen. Wir meinen damit die Ausnutzung der Affäre der polnisch-jüdisch-holländisch-deutschen Spekulanten der Brüder Barmat, zur Verunglimpfung solcher Vorkämpfer der internationalen Sozialdemokratie, als da sind: der Präsident der Republik — Ebert, der ehemalige Reichskanzler und Führer der Gewerkschaften — Bauer, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie und Mitglied der Exekutive der Zweiten Internationale — Wels, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages — Heilmann.

Sie lernten während des Krieges die Barmats als Leiter einer Handelsfirma in Holland kennen, wohin sie zu Sitzungen des Büros der Zweiten Internationale zu reisen pflegten. Aber die Brüder Barmat waren Mitglieder der holländischen Sozialdemokratie, in ihrem Hause befand sich das Büro von Camill Huysmans, dem Sekretär der Zweiten Internationale. Die Zweite Internationale ist eine föderalistische Organisation. Sollten denn die Führer der deutschen Partei erst nachforschen, ob die vier Brüder Barmat allesamt Gauner sind oder einfach ehrliche Mitglieder der holländischen Sozialdemokratie, die u. a. auch kommerzielle Geschäfte betreiben?

Freilich, als sie sich von den kommerziellen Talenten der Barmats überzeugten — da halfen ihnen Wels, Bauer und die anderen, trotz des Unterschiedes in der Konfession, große Aufträge zur Lieferung von Schweineschmalz für das durch den Krieg ausgehungerte Deutschland zu erhalten. Aber verlangt denn der Sozialismus, daß die Lebensmittelversorgung des Volkes unbedingt dem stumpfsinnigen bürokratischen Apparat, den die Deutsche Republik vom Kaiser geerbt hatte, überlassen bleibt?

Freilich, der frühere preußische Minister, der Sozialdemokrat Severing, und der Chef der Kanzlei Eberts, der Sozialdemokrat Krüger, halfen den Brüdern Barmat, ihre Tätigkeit nach Deutschland zu verlegen und selber nach dort zu übersiedeln. Aber brauchte denn Deutschland, **das nicht nach bolschewistischem Muster die Armut sozialisieren wollte**, nicht große, kommerzielle Talente zur Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, ohne die es keinen Sozialismus gibt?

Freilich, Heilmann und Bauer erhielten Posten als Aufsichtsräte in den Barmatschen Unternehmen. Aber bildet denn nicht die Erforschung der Geheimnisse in Handel und Industrie durch die Führer des Proletariats die Vorbedingung für eine planmäßige Sozialisierung in der Zukunft?

Freilich, sie sind nicht sofort in die Geheimnisse eingedrungen, sie haben die betrügerischen Kniffe der Barmats nicht bemerkt. — Aber hat nicht Lenin selber gesagt, daß das Proletariat an seinen eigenen Fehlern lernt?

Freilich, sie haben die Gastfreundschaft im Hause der Herren Barmat reichlich in Anspruch genommen — aber ist denn der Sozialismus eine asketische Lehre vom Verzicht auf einen guten Braten, auf gute Weine und feine Zigarren?

Freilich, der Berliner Polizeipräsident, der Sozialdemokrat Richter, überreichte gemeinschaftlich mit der Frau und dem Sohne Barmat dem Spekulanten Barmat ein goldenes Zigarettenetui, verziert mit einer gefühlvollen, freundschaftlichen Widmung Richters. Aber dieses Zigarettenetui war erstens mit dem Gelde von Barmat selbst gekauft; zweitens drückte Richter mit diesem Geschenk nur seinen Dank aus für die ihm geborgten 5000 Mark, die er zum Bau eines bescheidenen proletarischen Siedlungsheimes benötigte. Schließlich, hat denn nicht ein großer Philosoph gesagt: **Nichts Menschliches ist mir fremd?...**

Wozu also in all diesen Kleinigkeiten herumwühlen? Wozu einfache, menschliche, freundschaftliche Beziehungen auf niedrige, eigennützige Beweggründe zurückführen?

Das tut die konservative Presse. Das tut die Presse der Schwerindustrie, um den Glauben der Volksmassen an die Uneigennützigkeit der Führer der deutschen Sozialdemokratie — dieser unerschütterlichen Grundlage der Republik, zu untergraben.

Die Würdenträger des alten Regimes, die seinerzeit **mit kaiserlichen Orden einen schwunghaften Handel trieben**, die Stresemänner, die ihre Zeitungen mit dem Gelde des russisch-jüdischen Spekulanten Litwin herausgeben — das sind die Richter über die Ehre von Ebert, Bauer und Wels!

Die deutsche kommunistische Presse ist ebenfalls auf diesen Köder hereingefallen. Sie vergaß, daß schon ein altgriechischer Kenner der Demokratie erklärt hat, warum die Demokratie ihre **Helden nicht wegen Verrats** an ihren Idealen und Interessen in Anklagezustand versetzt, wohl aber wegen Diebstahls von ein paar silbernen Löffeln oder einem fiskalischen Schinken. Man kann die breite Masse in Programmfragen mit allerhand Klapperzeug betrügen. Aber der einfachste Mensch ist entrüstet, wenn er erfährt, daß sein Held eine gesetzwidrige Menge von Schinkenfleisch verzehrt hat.

Wir jedoch, die von der Ferne beobachten und gewohnt sind, die Dinge von der Höhe der historischen Warte zu werten, fühlen uns verpflichtet, das **Wort zur Verteidigung der deutschen Sozialdemokratie** zu ergreifen.

Wir wissen, daß Philipp Scheidemann während des Krieges hungern mußte, wenn er nicht **zufällig im deutschen Hauptquartier zu Gaste war.** In den Annalen der Geschichte steht es geschrieben, daß als ein Führer der Agrarier von dieser Selbstlosigkeit erfuhr, er ihm einen Sack Kartoffeln schickte.

Ernst Heilmann — der erste Herold der Vaterlandsverteidigung, wurde am Narew schwer verwundet, aber das hat nicht für einen Augenblick sein patriotisches Feuer erkalten lassen.

Noske wußte, daß er als Bluthund des deutschen Proletariats getauft werden wird, und dennoch erklärte er, weil er wußte, daß ohne ein Blutbad die Arbeiter von bolschewistischen Experimenten nicht zurückzuhalten sind, mit ruhiger Entschlossenheit: **„Einer muß der Bluthund sein."**

Wer will nach alledem wagen, zu behaupten, daß diese Männer den Kapitalismus gerettet haben, um aus den Händen der Barmats eine Belohnung zu erhalten — in Gestalt eines Bratens mit Kompott. Wer sich das unterfängt, der hat den Flügelschlag der Geschichte nicht wahrgenommen. Sie, die Führer der deutschen Sozialdemokratie, entschlossen sich erst nach schwerem inneren Kampfe, ihren Dornenweg zu gehen. Hat doch Hermann Müller, Mitglied des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie, als der Krieg heraufzog, sich nach Paris begeben, um zusammen mit den französischen Sozialdemokraten die Linie des **Kampfes gegen den Krieg** festzulegen. Es mußten erst die Blitze des Jahres 1914 niedergehen, damit in diesen vom Marxismus verunreinigten Köpfen der Instinkt der Treue zum Kapital erwachte. Diese Treue haben sie durch das ganze Meer von Blut und alle Gewissensbisse hindurch unversehrt herübergerettet. Bei manchen von ihnen obsiegte vorübergehend die Bücherweisheit. Sie gründeten die USPD., die während des Krieges sich erkühnte, an den Klassenkampf zu denken. Aber ihre wahre Natur gewann doch die Oberhand: Heute beschäftigt sich der Unabhängige Breitscheid damit, alle Barmatflecke von seiner Partei abzuwaschen. Er weiß, daß die Partei des Proletariats den Kapitalismus nicht retten und durch dieses schmutzige Leben nicht hindurch kann so rein, wie Antigone.

So lange der Kapitalismus existiert, trieft er von Blut und Schmutz. Wenn die deutsche Sozialdemokratie den Mut aufbrachte, **im Blute des Proletariats zu baden, dann soll man sie nicht deswegen schmähen, weil sie sich mit den Barmats beschmutzte.**

Die deutschen Sozialdemokraten haben nicht deshalb den Kapitalismus gerettet, um bei Barmats fressen und saufen zu können, sondern deshalb, weil sie sich nicht vorstellen können, daß das Proletariat fähig wäre, sich das Futter anders zu beschaffen, als im kapitalistischen Stall.

Wenn es nur darum ginge, daß eine Hundertschaft sozialdemokratischer Führer am reichgedeckten Tische der Kapitalisten verdorben wurde, oh, wie leicht wäre dann die Revolution! Man brauchte ja nur diese angefaulte Spitze zu stürzen. Aber es handelt sich darum, daß hinter diesen Führern Millionenmassen von Arbeitern marschieren, die sich von Brot und Hering nähren.

In Luzern in der Schweiz ist ein Denkmal für die schweizerischen Söldner errichtet, die mutig für Ludwig XVI. zugrunde gegangen sind. Sie bekamen ihren Fraß aus der königlichen Küche, aber sie kämpften **gegen die Revolution** nicht um ihrer Nation willen, sondern **aus Ueberzeugung.** Wenn die deutsche Revolution einst die Scheidemänner und die gesamte sozialdemokratische Barmatclique aufknüpfen wird, dann wird sie nicht die Knochen zählen, bei ihnen vom Tische der Bourgeoisie abgefallen sind — sie wird aus Marmor **einen Hund meißeln, der treu und uneigennützig die Peitsche seines Herrn** leckt.

## Um den Achtstundentag.

Saarbrücken, 28. Januar.

Die Arbeitgeberverbände für die Fertigindustrie haben einen Schiedsspruch, der unter gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit eine zehnprozentige Lohnerhöhung vorsah, abgelehnt. Die Arbeiter haben den Kampf aufgenommen und fordern die Wiedereinführung des Achtstundentages.

## Weißer Terror!

Bremen, 27. 1. 25. Heute vormittag 8.30 Uhr besetzten fünf Kriminalbeamte der politischen Abteilung das Verlagshaus und die Redaktion der „Bremer Arbeiterzeitung", beschlagnahmten die Personalakten und suchten auf Grund dieser nach nicht angemeldeten und angeblich unter falschem Namen tätigen Personen. Sie verhafteten zwecks Feststellung der Identität die Redakteure Landwehr und Bregel-Hamburg, obwohl sich diese legitimieren konnten. Bregel wurde an Stelle des früheren Redakteurs Brendel verhaftet. Die Beamten versicherten, daß sie vornehmlich nach einem gewissen Heidemann aus Stuttgart suchten, der sich angeblich in Bremen aufhalten soll.

Es handelt sich um eine Razzia, um kommunistische Funktionäre zu verhaften. Die Dienstagausgabe der „Bremer Arbeiterzeitung" wurde durch diese Verhaftungen verzögert.

## Für einen Lehrlingsmord — drei Monate Gefängnis!

Vor dem Schwurgericht in Münster mußte sich der Schmiedemeister Lensing wegen Totschlags verantworten.

Er hatte vor einiger Zeit seinem Lehrling mit dem Schmiedehammer auf den Kopf geschlagen. Der 15jährige Junge erkrankte dadurch an einer Gehirn- und Rückenmarkeiterung, an deren Folgen er fünf Wochen später starb.

**Der Schmiedemeister erhielt für diesen Mord an einem Lehrling sage und schreibe drei Monate Gefängnis!**

Gibt es eine bessere Illustration für die Rechtsverhältnisse in der deutschen Zuchthaus-Republik?

Für einen Lehrlingsmord drei Monate Gefängnis; für Kommunisten aber wegen ihres Bekenntnisses zur proletarischen Sache jahrzehntelange Zuchthausstrafen!

Fürwahr! Es sind herrliche Zeiten für Mörder!

### Unhaltbare Zustände in den Krankenkassen.

Wie allerorts, so auch in Brieg, macht die Krankenkasse den brutalen Versuch, sich von ihren Leistungen in bezug der Krankengelder zu befreien. Mit welcher Schikane sie dabei zu Werke geht, zeigt folgender Bericht eines Arbeiters.

Als Notstandsarbeiter beim Magistrat beschäftigt, mußte ich mich wegen Krankheit in ärztliche Behandlung begeben. Nach achtwöchentlicher Behandlung mußte ich wegen Verschlimmerung meines Leidens ins Krankenhaus und wurde von dort nach vier Wochen auf Betreiben der Krankenkasse als gebessert entlassen. Mein Leiden verschlimmerte sich wieder und ich mußte mich wieder in ärztliche Behandlung begeben. Nach kaum einer Woche wurde ich durch die Krankenkasse zur Nachuntersuchung zum Sanitätsrat Dr. Larisch beordert. Der Sanitätsrat Dr. Larisch erklärte mir, trotzdem ich kaum laufen konnte, für gesund, und ich war somit für die Krankenkasse erledigt. Wenn mich nun jetzt die Erwerbslosenfürsorge als arbeitsunfähig ablehnt, bin ich nun mit meiner Familie dem Verhungern ausgesetzt. So wie es aber mir erging, ging es vielen Arbeitern bei der Nachuntersuchung. Diese Brutalität betreibt die Kasse schon mehrere Jahre. Für die revolutionären Arbeiter ergibt sich daraus, daß die Kassen, die eigentlich Selbstverwaltungskörperschaften sind, nicht im Dienste der Versicherten stehen, und dagen ist mit aller Kraft anzukämpfen. Auch die Aerzte müssen erkennen, daß sie an der Seite der Arbeiter stehen müssen, wenn sie nicht selbst in die Sklaverei gehen wollen. Unsere gemeinsame Aufgabe für den Ausbau der Krankenkassen besteht in der Erreichung dessen, was auf dem 6. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion als Leistung der russischen Sozialversicherung mitgeteilt wurde:

Als Schadenersatz für den vorübergehenden Verlust der Arbeitsfähigkeit zahlen wir bereits den tatsächlichen Arbeitslohn.

# Breslau

### Wer sind die größten Lumpen?

Die Kommunisten sagen bekanntlich sehr oft, daß die Sozialdemokraten mit ihren Freunden Barmat und Konsorten die größten Lumpen seien. Ein Mordgeschrei erheben darauf die Sozialdemokraten und stellen ihrerseits fest, daß die Kommunisten die größten Lumpen sind. Aber warum sollen wir uns streiten. Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold hat die richtige Lösung gefunden.

Wir sind zwar schon viel gewohnt vom Reichsbanner. Die Mordbrüder sind Kanonen im Arbeiterverrat und im Halsaufreißen. Aber daß sie ehrliche Menschen sind, zu dieser Einsicht sind wir erst gekommen, nachdem wir die Einladung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Ortsgruppe Klein-Gandau und Umgebung zu einem Lumpenball gesehen haben. Wer auf der Straße nach Cosel marschiert, oder in das Gasthaus zu Henke geht, dem fällt ein Plakat mit folgendem Inhalt auf:

**Henke-Cosel, früher Brix. Sonnabend, den 31. Januar großer Lumpenball vom Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Prämierung der zwei größten Lumpen. Veranstaltet von der Ortsgruppe Klein-Gandau und Umgegend.**

Wir haben nichts dagegen, wenn das Reichsbanner Schwarz-rot-gold einen Ball veranstaltet. Was sollen diese Kämpfer für Freiheit und Recht auch sonst gescheiteres tun? Die beiden größten Lumpen sollen prämiiert werden. Hoffentlich hat man Barmat, Wels Heilmann und Richter eingeladen. Das wird ja ein Kampf werden.

Warum machen die Arbeiter einen solchen Schwindel mit? Wollen sich die Proleten durchaus ganz in das Fahrwasser des Bürgertums begeben? Ein anständiger und klassenbewußter Arbeiter wird diesen Schwindel nicht mitmachen.

### Wie man Dumme fängt.

Gescheite Menschen kann die „Volkswacht" nicht fangen, und so spekuliert sie auf Dumme. Fast täglich bringt die „Volkswacht" eine Notiz über kommunistische Pleiten im DMV. So brachte sie vor einigen Tagen eine Notiz über eine kommunistische Pleite in der Kölner Ortsverwaltung. Die „Volkswacht" schreibt, und sie lügt dabei bewußt, daß die Kommunisten so schwach waren, daß sie nicht einmal eine eigene Oppositionsliste aufstellen können. Bald jedes kleine Kind weiß, daß die Kommunisten in keiner Ortsverwaltung daran denken, eine Oppositionsliste aufzustellen, sondern daß die Mitglieder der KPD. mit auf der Gesamtliste kandidieren. Die Kommunisten haben bei fast allen Neuwahlen der Ortsvorstände in diesem Jahre große Erfolge erzielt.

Wer nicht weiter verdummt werden will, lese die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

### Jeder vierte Wiener

ist nach einem Bericht der „Volkswacht" Sozialdemokrat. Eine bescheidene Anfrage: Wie kommt es dann noch, daß in Wien eine Riesenarbeitslosigkeit herrscht, und daß die Lage der Arbeiter in Wien eine hundsmiserable ist? Wenn jeder vierte Wiener ein Sozialdemokrat ist, warum müssen die sozialdemokratischen Parlamentsmitglieder noch mit Autohupen und Trillerpfeifen im österreichischen Parlament sich Gehör verschaffen?

Es kommt nicht darauf an, ob jeder vierte Wiener Sozialdemokrat ist, sondern darauf, was er tut. Die österreichische Sozialdemokratie gleicht der deutschen wie ein Ei dem anderen. Sie lebt auch vom Arbeiterverrat.

## An die Ortsgruppen des Bezirks Schlesien.

Ab 1. Februar 1925 dürfen die Ortsgruppen nur die von der Bezirksleitung abgestempelten Beitragsmarken verkaufen und verwenden, alle anderen Marken müssen unter allen Umständen bis zum 10. Februar 1925 an uns zurückgesandt werden.

Alle Zuschriften in Kassenangelegenheiten sowie alle Geldsendungen sind ab sofort nur an den Genossen **Artur Müller**, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, zu richten.

Die Bezirksleitung Schlesien der KPD.

### Achtung! Genossen Achtung!

**Am 1. Februar findet eine Unterbezirkskonferenz in Waldenburg statt. Lokal und Stunde wird noch bekannt gegeben.**

### Achtung! Genossen! Achtung!

**An alle Ortsgruppen!**

Es kommen immer wieder Fälle vor, daß Ortsgruppen Briefe und auch Geldsendungen nur an die Bezirksleitung adressieren. **Es muß dies unter allen Umständen unterbleiben. Die Post liefert derartige Sendungen nicht aus**, es muß deswegen auf allen Sendungen, gleich ob Briefe oder Geld, immer die vollständige Bezirksadresse stehen: Alfred Hamann, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

## Aus der Geschäftswelt.

**So reich die deutsche Sprache ist**, für das Wort „Aroma" findet sich im Deutschen kein feinen Sinn erschöpfender Ausdruck. Duft und Geschmack zusammen würden etwa das sagen, was Aroma meint. „Duft und Wohlgeschmack" sind neben Bekömmlichkeit und billigem Preis die Hauptvorzüge der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband", die ihr vorzügliches Aroma einem neuen, ganz besonderen Kirnverfahren verdankt. Lesen Sie auch das Inserat im Anzeigenteil und verlangen Sie beim Kauf unentgeltlich die Blauband-Woche.

Man beachte die Inserate „Schwan im Blauband".

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

## Theater

Donnerstag, 29. 1. 1925

**Stadttheater**
„Carmen"

**Lobetheater**
„Die Kronprinzessin"

**Thaliatheater**
„Haben Sie nichts zu verzollen?"

**Schauspielhaus**
„Gräfin Mariza"

**Liebich-Theater**
Variete-Vorstellung

**Viktoria-Theater**
„Die Lumpenfrau"

## Filmschau

für die Woche vom 23.—29. Januar 1925

**Ufa-Theater**
„Broadway — Fieber"

**Tauentzien-Lichtspiele**
„Mira" — „Edles Blut"

**Ah-Lichtspiele**
„Soll und Haben"

**Promenaden-Theater**
„Das Mädel von Montmartre"

**Beh-Lichtspiele**
„Mädchen, die man nicht heiratet"

**Breslauer Weltbühne**
„Wintermärchen"

**Jupiter-Lichtspiele**
„Das Rätsel um Mr. X"


**Schauspielhaus**
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.

Täglich 8 Uhr:
in neuer Aufführung
**Gräfin Mariza**

**Neuer Deutscher Verlag**
Zweigbüro f. Schlesien
für die Bezirke
**Stadtbezirk Ost u. Nordost**
suchen wir noch einige rührige und ehrliche
**Hausdame, Kassierer**
geg. hohe Entschädigung.
Meldungen bei
**Max Zuckschwerdt, Breslau 10**
Schließfach 121.

**Wo?** werden nach Maß Schuhe und Stiefel sauber und preiswert angefertigt, Reparaturen schnell und billigst ausgeführt
beim
Schuhmacher
**Hermann Steinert**
**Penzig O.-L.**


## Versammlungskalender.

**Breslau.** Bezirk Ost. Freitag, den 30. Januar 1925, abends 7½ Uhr, Bezirksversammlung bei Reiß, Claude, Tauentzienstraße 73.

— **Bezirk Nordost.** Freitag, den 30. Januar 1925 abends 7½ Uhr, Bezirksversammlung im Lokal Hirschstraße 6. Referent anwesend.

— **Bezirk Zentrum.** Am Sonnabend, den 31. 1. 1925 abends 7½ Uhr findet eine Bezirksversammlung statt, zu der jeder Genosse(in) unbedingt erscheinen muß. „Sehr wichtig!" Mitgliedsbücher mitbringen. Lokal Stadt Wien.

**Breslau.** Karl-Liebknecht-Bund. Donnerstag, den 29. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr, Heimabend im „Minotaurus".

## Sportnachrichten

**Breslau** hat es ab Mitte Juni, Donnerstag, den 29. 1. d. Mts. Bundesgasse im Restaurant Gewerkschaftshaus, Eröffnung allen zu Wissen.

**Freie Turnerschaft 4. Bezirk.** Die Monatsversammlung findet erst am 31. 1. bei Pohl, Tauentzien 13 statt. Pünktlich um 8½ Uhr.

— Sonnabend, den 7. Februar abends 7½ Uhr Bezirksgeräteturnen.


**Circus Busch**
Täglich 8 Uhr
Kurzes Gastspiel der berühmten Künstlerin
**Wanda Treumann**
Wanda Treumann spielt die weibliche Hauptrolle der Mercedes im
**Wasser-Manege-Schaustück**
**Der Graf von Monte-Christo**
Vorher der ausgezeichnete
Dir.-Kapellmeister
mit Hund, Affen, Löwen
**Wund.-Affen Chester II. Dieck Radwunder usw.**
Garderobenannahme am Zirkuseingang

**Paul Märsche**
Oelsnerstr. 15 Friedr.-Wilh.-Str. 91
Fernsprecher Ohle 6597.

**Albert Stosch**
Herzogstraße 36
Fernsprecher Ring 3882.

Wir haben einen größeren besonders preiswerten Posten Früchte-Konserven hereinbekommen und bieten an solange Vorrat reicht.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kirschen, hell u. dunkel, u. Weichselkirschen | 2-Pfund-Dose | 70 | Pfg. | 1-Pfund-Dose | 40 | Pfg. |
| Pflaumen mit Stein | 2 „ „ | 70 | „ | 1 „ „ | 40 | „ |
| „ ohne „ | 2 „ „ | 80 | „ | 1 „ „ | 45 | „ |
| Apfelmus | 2 „ „ | 70 | „ | 1 „ „ | 40 | „ |
| Birnen (weiße halbe Frucht) | 2 „ „ | 80 | „ | | | |
| Stachelbeeren | 2 „ „ | 100 | „ | 1 „ „ | 50 | „ |

(Sämtliche Früchte sind in Zucker eingekocht und von hervorragender Qualität.)

Außerdem erlauben wir uns noch auf folgende preiswerten Lebensmittel aufmerksam zu machen:

| | | |
|---|---|---|
| Schmalz amerik. (gar. rein) | per Pfund | 68 Pfg. |
| Margarine in Würfelpackung | „ „ | 54 „ |
| Rindsfett (einwandfreie frische Ware) | „ „ | 72 „ |
| Cocosfett in ½ Pfund Tafeln | „ „ | 68 „ |
| Bäcker Auszugsmehl | „ „ | 20 „ |
| Kaiser Auszugsmehl glatt und griffig | „ „ | 35 „ |
| Bosn. Pflaumenmus (gar. rein) | „ „ | 50 „ |
| Feinste Dreifruchtmarmelade in ½ Pfund Gläsern | „ „ | 50 „ |
| Zucker feinste Raffinade | „ „ | 20 „ |
| Dänische Sahne (hohe Dose) | „ Dose | 35 „ |

Auf folgende Waren gewähren wir den in unseren Geschäften üblichen Rabatt.

| | | |
|---|---|---|
| Linsen (thüringische) | per Pfund | 40 und 50 Pfg. |
| Vollreis | per Pfund von | 20 Pfg. an |
| Viktoria Erbsen I | „ „ | 24 „ |
| „ „ II | „ „ | 20 „ |
| Grüne Erbsen | „ „ | 24 „ |
| Weiße schlesische Bohnen | „ „ | 24 „ |
| Geschälte Erbsen | „ „ von | 22 „ an |
| Goldhirse | „ „ | 25 „ |
| Graupe | „ „ | 20 „ |
| Backobst, böhmisches, gute Mischung | „ „ | 30 „ |
| Kalifornisches Backobst | „ „ | 60 und 80 Pfg. |
| „ Pflaumen | „ „ | 40 bis 60 „ |
| „ getrocknete Pfirsiche | „ „ | 90 Pfg. |
| „ „ Aprikosen | „ „ | 90 „ |
| „ „ Apfelringe | „ „ | 110 „ |
| Bohnen mit Speck 1 Pfund Dose | „ „ | 18 „ |
| Große Eraswürste (150 gr Ia Qualität) | „ Stück | 10 „ |
| Rumänische Wallnüsse | „ Pfd | 40 „ |
| Schokoladen in großer Auswahl | 100-Gramm-Tafel von | 20 Pfg. an |
| Cacao (garantiert rein, leicht löslich) | per Pfund | 70 „ |
| Tee in verschiedenen Mischungen | „ „ | v. 320 „ an |

Röstkaffee führen wir nur gute Qualitäten u. sind trotzdem Preiswert p. Pfd. 280 bis 440 Pfg.

**Paul Märsche**
Oelsnerstr. 15 Friedr.-Wilh.-Str. 91
Fernsprecher Ohle 6597

**Albert Stosch**
Herzogstraße 36
Fernsprecher Ring 3882

# Gewerkschaft.

## Weshalb man Kommunisten aus den Gewerkschaften ausschließt.

**Ober-Altwasser.**

Am Sonntag fand die erste Zahlstellenversammlung unter der Leitung des Reformisten Rudolph statt. Unter seiner Leitung soll jetzt die Einheit und Geschlossenheit der Bergarbeiter hergestellt werden. Am Donnerstag, den 22. d. Mts., erschien in der „Bergwacht" eine Aufforderung an alle Reichsbannerleute, sich restlos in der Versammlung einzufinden und jeder anderen Veranstaltung fernzubleiben. Als Referent war der Arbeitersekretär Wißmann erschienen, der über die neue Besetzung der Regierung im Reiche und in Preußen sprach. Die Gewerkschaften haben der Regierung den schärfsten Kampf angesagt, weil die Sozialdemokraten in ihr nicht vertreten sind. Wißmann hatte sein Referat noch nicht ganz beendet, da beantragte der Reichsbannerhäuptling von Ober-Altwasser, Kirscht, den im vergangenen Jahre als Vertrauensmann tätig gewesenen Kameraden Reichel aus dem Verbande auszuschließen. Er begründete den Antrag damit: Kam. Reichel habe in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung am 11. Januar erklärt, die Bergarbeiter dürfen nicht warten, bis die Verbandsleitung in der Lohnfrage etwas unternimmt. Wir als Mitglieder sind die Organisation und müssen die Bezirksleitung und den Hauptvorstand bozen, damit die Lohnkämpfe in den einzelnen Revieren zusammengefaßt werden und der Kampf der Bergarbeiter einheitlich organisiert und durchgeführt wird. **Da Kamerad Reichel gesagt habe, die Verbandsleitung müsse gebozt werden** (welch Verbrechen!), **ist er aus dem Verbande auszuschließen.** Kamerad Falkenhain wendet sich entschieden gegen den Antrag, da Kamerad Reichel heute nicht anwesend sein kann und verlangt Zurückstellung bis zur nächsten Versammlung. Kamerad Grundmann wundert sich über den Antrag, da Kamerad Kirscht doch festgestellt habe, daß Kamerad Reichel in seinem Geschäftsjahr als Gewerkschafter gearbeitet hat und kein anderer es hätte besser machen können. Es sprachen noch gegen den Antrag einige Kameraden und die Abstimmung ergab Ausschluß aus dem Verbande. Kamerad Lindner machte noch einige Ausführungen über Knappschaftsangelegenheiten und die Versammlung wurde geschlossen.

Das neue Jahr beginnt richtig für eine einheitliche, geschlossene Bergarbeiterorganisation. Kameraden, wann kommt ihr in die Zahlstellenversammlung und kämpft um eure Rechte oder zahlt ihr eure Beiträge dem Reichsbanner oder dem Bergarbeiterverbande?

## Die Spaltungsarbeit der Verbandsbürokraten
### oder
## Wie man einen kommunistenreinen Vorstand bekommt.

Durch die „Bergwacht" erfuhr man eine freudige Botschaft, die verkündete, daß die Wahl im Textilarbeiterverband, Ortsgruppe Landeshut, einen kommunistischen Vorstand ergeben habe. Ich sah mich daher veranlaßt, beim Geschäftsführer des TAV. Erkundigungen einzuholen, wann, wie und wo die Generalversammlung der Zahlstelle getagt habe, denn bekanntlich werden ja meistens die Mitglieder der Zahlstelle zur Wahl des Vorstandes eingeladen. Der Bescheid, der mir zuteil wurde, zeugt deutlich von dem ungeheuerlichen Vorgehen der Verbandsbürokraten, das jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt. Ich bekam den Bescheid, daß die Generalversammlung im Büro (!) der Zahlstelle am Montag, den 5. Januar, stattgefunden hatte und ordnungsgemäß (!) verlaufen sei. Auf die Frage, wie man die Kollegen eingeladen habe und warum man dem Vorstand keine Mitteilung gemacht habe, erhielt ich die Antwort, daß der Vorstand davon gewußt habe, daß entweder (!) am 6. oder 8. Januar dieselbe stattfindet. Er habe die Generalversammlung am 5. stattfinden lassen, weil an demselben Tage eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung von der KPD. stattgefunden habe. Im übrigen erklärte der Geschäftsführer, daß er durch Laufzettel in den Betrieben Einladungen ergangen lassen habe. Dieses stimmt jedoch nicht. Das Vorstandsmitglied Emil Wittig hat sich sogar bei dem Geschäftsführer erkundigt, wann die Versammlung stattfinden sollte, doch hat ihm derselbe keine Auskunft gegeben. Auch hat kein Kollege, außer den SPD.-Leuten, die geringste Ahnung von dem Stattfinden der Generalversammlung gehabt. Hätte ein einziger von uns auch nur eine Ahnung gehabt, dann wären wir selbstverständlich nicht in die KPD.-Versammlung, sondern in das Zahlstellenbüro zur Versammlung gegangen.

Ich erhielt noch nachträglich die freudige Mitteilung, daß ich gerichtlich belangt werden sollte, weil ich den selbstgekrönten 1. Vorsitzenden im TAV. vor der Oeffentlichkeit einen Lügner und Betrüger nannte, weil er behauptete, die Mitglieder des TAV., Ortsgruppe Landeshut, eingeladen zu haben. Das kann nett werden, denn ich kann 400 Zeugen aufbringen, die beeiden, daß sie um ihr Mitbestimmungsrecht betrogen worden sind. Selbst den SPD.-Leuten war der dicke Betrug bei der Wahl des Ortsvorstandes zu groß, obgleich diese Leute bei ihrem guten Magen bekanntlich viel vertragen. K. W.

*

Soweit der uns zugesandte Bericht. Das Gebaren der Bürokraten im Textilarbeiterverband ist ungeheuerlich. Durch die Ausschlüsse allein, die in letzter Zeit ohne Grund getätigt worden sind, können die Reformisten den TAV. nicht kommunistenrein halten. Sie berufen eine Generalversammlung im Büro des TAV. ein, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den neuen Vorstand bestimmt. Wie schwach müssen doch die Positionen der Verbandsbürokraten sein, wenn sie schon zu diesen Mitteln greifen müssen. Diese Gesellschaft tut alles, um sich am Ruder zu halten und scheut sich nicht, den Verband total herunterzuwirtschaften. Wir glauben nicht, daß die Bürokraten über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg machen können, was sie wollen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Landeshut des TAV. haben das Treiben der Gewerkschaftsspalter durchschaut und werden in dieser Sache noch ein ernstes Wörtchen mitreden.

## Der Erwerbslosenskandal in Landeshut.

Wie wenig Verständnis im bürgerlichen Staat für die Not der aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Opfer der kapitalistischen Gesellschafts„ordnung" vorhanden ist, zeigen die Maßnahmen der gesetzgebenden Körperschaften in Staat und Gemeinden. Vor den Wahlen große Versprechungen aller Parteien für Aufbesserung der Bezüge der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner. Nach den Wahlen die große Tat: lumpige 9 Pfg. pro Tag Zulage für den erwachsenen Männlichen, noch lumpigere 5 Pfg. pro Tag für die erwerbslose Frau und laze und schreibe 2 Pfg. Erhöhung pro Tag für 1 Kind. Trotzdem der Staat in den meisten Fällen nichts zu den Ausgaben für Erwerbslose beiträgt, nimmt er sich das Recht, durch seinen „Volkswohlfahrtsminister" (der Titel ist das Beste) betreffs der Verwendung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebrachten Mitteln Verordnungen über Verordnungen herauszugeben. Gewissenhaft wird darüber gewacht, daß über die festgesetzten Unterstützungssätze nicht hinausgegangen wird. **Daß aber 83 Pfg. pro Tag für den Mann, 33 Pfg. für die Frau und 23 Pfg. für ein Kind nicht ausreichend sind, was schert das diese Herren?**

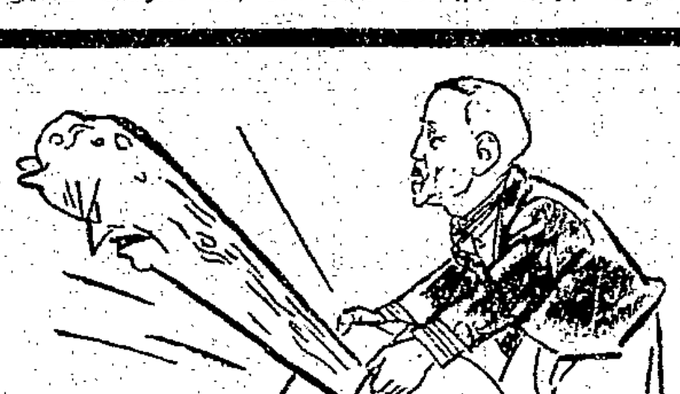
Die Hauptsache ist, daß sie sich selbst mit ihren Weibern, Hunden und sonstigen raffinierten Ansprüchen das Leben lebenswert machen können, mögen die anderen im Elend verrecken. Nur aus diesem Grund ist es zu verstehen, wenn Anträge der ohne eigene Schuld arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten, die nach Jahren der Arbeitslosigkeit nicht mehr imstande sind, die Beiträge zu bezahlen, um ihre Rechte nicht zu verlieren, abgelehnt werden. Nur aus diesem Grund ist es zu verstehen, wenn Anträge der Erwerbslosen, die Beiträge zu stunden, abgelehnt werden. Nur aus diesem Grund ist es zu verstehen, wenn Anträge der Erwerbslosen, die Beiträge zu stunden, abgelehnt werden. Nur aus diesem Grund ist es zu verstehen, wenn Anträge der Erwerbslosen, die Beiträge zu stunden, abgelehnt werden.

Am 16. Dezember v. J. wandten sich die Arbeitslosen in ihrer Not an den Magistrat um Gewährung eines Zuschusses zu den Unterstützungen. Gefordert wurden:

**pro Woche 1 Zentner Kohlen;**
**pro Woche je 1 Brot für Erwachsene und Kinder;**
**pro Tag 1 Liter Milch für jedes Kind unter 6 Jahren;**
**einen Miets- resp. Logiszuschuß von 4 Mark pro Monat.**

Wegen dieser Forderungen gab es ein Hin und Her über die Zuständigkeit, ob Magistrat oder Erwerbslosenfürsorgeausschuß, ein Versprechen und ein Zurückziehen der Versprechungen durch den Sozialdemokraten Bürgermeister Fechner als Dezernenten des Wohlfahrtsamtes.

Da der Magistrat in seiner Beschlußfassung nur zum Teil den Forderungen der Erwerbslosen entsprach, beantragte eine am 18. d. Mts. stattgefundene Erwerbslosenversammlung erneut die Forderungen vom 16. Dezember auf die Tagesordnung der am 22. Januar stattfindenden Stadtverordnetensitzung zu stellen. Dieses ist nun geschehen. Der Berichterstatter der Vorlage, **Herr Direktor Matzke,** mit fester Anstellung und gutem Gehalt, echt christlich natürlich, erkannte lakonisch die schlechte Lage der Erwerbslosen an, konnte sich aber bei den schwierigen finanziellen Verhältnissen, in denen die Stadt sich befindet, nicht über die unbefriedigenden Magistratszugeständnisse hinaus erklären (dabei machte die volle Bewilligung bei dem jetzigen Stande der Erwerbslosenzahl pro Woche knapp 250 Mark aus). SPD.-Bürgermeister Fechner und Direktor Burkert versuchten, trotz der klaren Verfügungen des Ministers, den gesammelten Fonds der Erwerbslosenversicherung für die weitgehenden Forderungen der Erwerbslosen in Anspruch zu nehmen. Ein weiterer Verschleppungsversuch, bei dem nichts herauskommt. Geradezu bezeichnend für die Gesinnung der hiesigen Arbeitgeber war die Antwort des Herrn Matzke auf den vom Genossen Kühn erhobenen



„Der Knüppel", Satirische Arbeiterzeitung
erscheint am 10. und 25. jedes Monats. — Zu beziehen
von den Zeitungsboten und Kolporteuren.

Vorwurf, die Arbeitgeber zögen Auswärtige bei der Einstellung gegen Ortsangesessene vor. Da erklärte Herr Matzke: Jawohl, **gewisse hiesige Personen werden unter gewissen (!) Umständen hier nicht eingestellt.** Also die Arbeitgeber tragen selbst mit dazu bei, durch Maßregelungen das Heer der Arbeitslosen zu vermehren und Familien unglücklich zu machen. Das ist ein Wink an die Arbeiter, Versuche der Unternehmer zwecks Verlängerung der Arbeitszeit in ihrem eigenen Interesse mit allen Mitteln abzuwehren. Wie nebensächlich die Erwerbslosen von den Sozialdemokraten behandelt werden, zeigt ein Bericht der Stadtverordnetensitzung in der „Bergwacht". Da wird dem Schmerz Ausdruck gegeben, daß die schwarz-goldenen Bundesbrüder bei der Abstimmung zur Besetzung des Stadtverordnetenvorsteherpostens versagten, und so das würdige Gegenstück zum Genossen Fechner fehlt. Unser Beileid, daß ein Antrag der Erwerbslosen zur Beschlußfassung stand, wird ganz verschwiegen; wohl im Interesse ihres amtierenden Genossen. Oder fürchtet man bei Aufrollung dieser Frage an die immer noch nicht geklärte Unterschlagungsaffäre Reichel (Erwerbslosengelder) erinnert zu werden; denn Zeit ist es, daß endlich einmal vom Dezernenten ein endgültiger Abschluß gegeben werden kann.

## Arbeit für Wiersich!

Auf der Bezirkskonferenz des Verkehrsbundes für den Bezirk Hirschberg wurde festgestellt, **daß die plötzlich vorgenommene Kassenrevision ein Manko von reichlich 400 Mark ergab.** Bezirksleiter Rieger vom Transportarbeiterverband (SPD.) gab zu, Geld für sich verbraucht zu haben und verpflichtete sich für monatliche Rückzahlung zur Deckung des Defizits.

**Desgleichen wurde in der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Filiale Hirschberg, ein Manko von 800 Mk. festgestellt.** Diese Schweinereien müßten für Wiersich Veranlassung sein, einzugreifen. Ob er es tut? So sieht er gerade aus.

## Peitschenwiersich in Landeshut an der Arbeit.

Auf einstimmigen Beschluß des Ortsausschußvorstandes war die für den Januar fällige Kartellsitzung, in der zugleich die Neuwahl des Vorstandes erfolgen sollte, auf Mittwoch, den 21. Januar festgesetzt worden. Dieser ordnungsgemäße Weg scheint aber dem „Förderer" der Gewerkschaften, Herrn Wiersich nicht in den Kram der Beschlüsse seiner Geheimsitzungen zu passen: denn am Tage der Sitzung erschien im **bürgerlichen** Tageblatt folgendes große Inserat:

> Die für heute von dem früheren Vorsitzenden Wilhelm Brückner, bzw. Herrn Voß einberufene Kartellsitzung findet nicht statt, da dieselben zur Einberufung und Leitung derartiger Sitzungen nicht mehr berechtigt sind.
>
> Der Gewerkschaftsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Schlesien.
> gez.: Wiersich.

Gewerkschaftsmitglieder, die an diesen unrechtmäßigen Sitzungen teilnehmen, ziehen den Ausschluß nach sich. (Welch herrliches Deutsch. Die Red.) Nun, wir können den Wiersichs verraten, daß ihre schuftige, hinterhältige Arbeit das Gegenteil dessen erzeugt hat, was sie sich wünschten. **Parteipolitisch indifferente, selbst sozialdemokratische Kollegen verurteilen ein derartiges Vorgehen, wie es von Wiersich, Tschiedel u. a. unternommen wird.** Das bewies trotz der Drohung des Ausschlusses der Besuch und der Verlauf der Sitzung. Einstimmig wurde von **den 15 Delegierten aus 10 Gewerkschaften schärfster Protest gegen das unsolidarische Verhalten des Bezirkssekretärs Wiersich erhoben und dem Kollegen Brückner bei Erstattung des Jahresberichts der Dank und das Vertrauen ausgesprochen.** Dem Bibliotheksbericht ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres eine Anzahl Neuanschaffungen gemacht worden sind, so daß die Benutzung der Bibliothek (Ausgabe jeden Mittwoch abends von 8–10 Uhr im Arbeitersekretariat) jedem Gewerkschaftskollegen zu empfehlen ist. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Unterstützungssätze für durchreisende Kollegen vorzunehmen. Die Mitteilung des Kreisausschusses betreffend Errichtung von Fortbildungsschulen in den Landorten wurde zur Kenntnis genommen.

Jugendamt. Kollegen! **Der Verlauf der Sitzung hat gezeigt,** daß Ihr nicht willens seid, Euch zu Mitgliedern zweiter Klasse degradieren zu lassen und daß Ihr daher bereit seid, Eure Rechte nicht nur gegenüber dem Kapital, sondern auch gegen die übermütig gewordenen Reformisten und deren Lug und Trug zu vertreten.

# Betrieb und Werkstatt

## Die kommunistischen Abgeordneten in Verbindung mit den Betrieben.

Am Montagabend hatte die Kommunistische Reichstagsfraktion die Vertreter der Berliner Großbetriebe zu einer Aussprache über die Fragen der Sozialpolitik, die im Reichstag zur Behandlung stehen, geladen. Erschienen waren genau hundert Betriebsräte, darunter die Vertreter von allen Großbetrieben und auch den meisten mittleren Betrieben Berlins. Der Genosse Stöcker referierte zunächst über den Kampf um den Achtstundentag und gab den Betriebsräten ein ausführliches Bild der parlamentarischen Situation im Kampf um die Arbeitszeit.

In der Aussprache gaben acht Vertreter der Berliner Betriebe ein klares Bild über die Lage und die Stimmung in den Betrieben über die Wiedereroberung des Achtstundentages!

Darauf referierte der Genosse Schlecht über die Erwerbslosenfrage, wobei er eingehend die Anträge der Kommunistischen Fraktion und die Anträge der anderen Parteien erläuterte. Auch hieran knüpfte sich eine kurze Aussprache.

Beide Referenten schilderten besonders die Stellung der Sozialdemokratischen Fraktion zu den sozialpolitischen Fragen.

**Die Reichstagsfraktion wird derartige Besprechungen in Zukunft allmonatlich abhalten, um auf diese Weise im engsten Zusammenhang mit der Berliner Arbeiterschaft ihren Kampf im Reichstag zu führen.**

In der nächsten Besprechung werden die Abgeordneten Rädel und Arendsee über die übrigen sozialpolitischen Fragen referieren.

Die erste Besprechung verlief äußerst anregend und in jeder Hinsicht fruchtbar.

Gerade an Hand der tatsächlichen Vorgänge im Reichstag werden auch am besten alle Illusionen über den Parlamentarismus überwunden werden.

## Das Steigen der Erwerbslosigkeit.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß in noch nicht einem Monat die Erwerbslosigkeit in Schlesien um etwa 47 Prozent gestiegen sei. Jedoch nicht nur in Schlesien haben wir ein unaufhaltsames rapides Steigen der Erwerbslosigkeit. In ganz Deutschland verschlechtert sich die Arbeitslage und vertieft sich die Krise der deutschen Industrie. In erster Linie haben wir große Entlassungen in der Metallindustrie zu verzeichnen.

Auch finden weitere Entlassungen besonders in größeren Eisenbahnwerkstätten statt. In der Zeit von Anfang bis Mitte Januar, also in kaum 14 Tagen, ist die Erwerbslosigkeit in Deutschland um 10 Prozent gestiegen. Nach der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist die Erwerbslosigkeit von 538 000 auf 583 000 gestiegen. In der amtlichen Erklärung heißt es, daß das Steigen der Erwerbslosigkeit mit dem schlechten Weihnachtsgeschäft zusammenhänge. Wir wissen jedoch, daß das Ansteigen der Erwerbslosigkeit nicht erst seit den Weihnachtstagen, sondern schon seit Monaten besteht. Parallel mit dem Steigen der Erwerbslosigkeit läuft eine weit größere Ausbeutung und Schikanierung derjenigen Arbeiter, und Angestellten, die noch im Betriebe stehen. An eine Belegung der jetzigen Wirtschaftskrise ist nicht zu denken und die Lage im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und Oberschlesien läßt schwere Kämpfe voraussahnen.

## Lohnkampf der städtischen Arbeiter in Breslau.

Die städtischen Arbeiter von Breslau hatten in der letzten Zeit eine Lohnforderung in Höhe von 75 Pfg. pro Stunde gestellt. Die ungeheuren Preissteigerungen der Lebensmittel und Bedarfsartikel, die in der letzten Zeit an der Tagesordnung waren, machten eine solche Forderung selbstverständlich, zumal die Löhne in Schlesien im allgemeinen viel niedriger sind als in anderen Bezirken. **Der Magistrat der Stadt Breslau hat die berechtigte Forderung der Breslauer Arbeiter abgelehnt.** Er sagte, nur eine Bezirksschiedsstelle könne über die Forderungen der städtischen Arbeiter entscheiden. Die Bezirksschiedsstelle hat die Forderungen ebenfalls abgelehnt und den Spitzenlohn um 6 Pfg., auf 59 Pfg., erhöht. **Sozialdemokraten waren es, die die Forderungen der Arbeiter abgelehnt haben; denn die Bezirksschiedsstelle setzte sich aus vier Sozialdemokraten und drei Arbeitgebern zusammen.** Es amtierten folgende Personen: der Sozialdemokrat Philipp als Vorsitzender, für die Arbeitgeber als Beisitzer der Stadtrat Dr. Weiß, Direktor Baumann und der sozialdemokratische Stadtrat Ziegon. Auf seiten der Arbeitnehmer drei Sozialdemokraten. Hätten die vier Sozialdemokraten für die Forderungen der städtischen Arbeiter gestimmt, dann wären, Philipp als Vorsitzender seine Stimme zugunsten der Arbeitgeber (Stadt) abgegeben hätte, die Forderungen angenommen worden. Aber das ist ja von einem Sozialdemokraten zuviel verlangt.

**In der am Donnerstag stattgefundenen Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde mit Ausnahme weniger Stimmen der Spruch des Schlichters abgelehnt.** — Daraufhin hat auch der Magistrat erklärt, daß er den Schiedsspruch nicht annehmen könne. Der Antrag der städtischen Arbeiter wurde dem Zentralschlichtungsausschuß überwiesen, der nicht nur die Forderungen der Breslauer Arbeiter auf 75 Pfg., sondern sogar den Schiedsspruch des Bezirks-Schlichtungsausschusses ablehnte **mit der Begründung, daß in Breslau und Schlesien keine Notlage vorhanden ist.**

**Jetzt haben die Arbeiter das Wort!**

## Kommunistische Erfolge in den Gewerkschaften.

**Saarbrücken, 27. Januar.**

**Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erhielten die Kommunisten 8 Sitze. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen drei Sitze. Ferner wurde ein Parteiloser gewählt. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung zum Deutschen Metallarbeiterverband siegte die kommunistische Liste auf der ganzen Linie. Die gesamte Ortsverwaltung besteht nur aus Kommunisten.**

*

Die Breslauer „Volkswacht" fabelte erst gestern wieder über Rückgang des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften und behauptete, daß wir unseren Lesern die Wahlresultate unterschlagen. Wir fragen das wahrheitsliebende sozialdemokratische Blatt an, warum es nicht den Mut aufbringt, obige Resultate ihren Lesern mitzuteilen.

## Die Justiz hilft den Zechenbaronen!

Das Schöffengericht Leipzig verhandelte gegen neun Bergarbeiter wegen Landfriedensbruch. Im August 1923 kam es anläßlich des Bergarbeiterstreiks zu gewaltigen Demonstrationen vor dem Direktionsgebäude. Das Direktionsgebäude wurde später gestürmt und der Direktor gezwungen, die rote Fahne im Demonstrationszug der Bergarbeiter voranzutragen.

Nach dreizehnstündiger Verhandlung wurden sieben Angeklagte freigesprochen. Der Angeklagte Joachim wurde zu 1 Jahr 6 Monaten und der Angeklagte Wilde zu acht Monaten

# Mein grosser Inventur-Ausverkauf

findet nur 4 Tage statt, und zwar

**Freitag, 30. Januar, Sonnabend, 31. Januar, Montag, 2. Februar und Dienstag, 3. Februar**

Um meiner werten Kundschaft etwas ganz Besonderes zu bieten, gebe ich während diesen Tagen trotz meiner billigst ausgezeichneten Preise für Jackett-Anzüge, Sport-Anzüge, Cutaway und Westen, Hosen, Winter-Paletots, Schwedenmäntel für Sommer und Winter, Joppen, Loden-Mäntel usw. in allen Größen für Herren, junge Herren und Knaben in bekannt guten Qualitäten und anerkannt bester Verarbeitung

**20%**

**Rabatt in bar!**

**S. Guttentag, Breslau,** Altbüßerstraße 5I-III

**Erstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung**

| Kieler Bekleidung | Windjacken | Gummi-Mäntel | Sport- u. Gehpelze |
|---|---|---|---|
| 10% | 10% | 10% | 30% |


# Aus der Provinz

## Der Gottesberger Wohnungsskandal.

Seit Monaten und Jahren herrscht hierorts geradezu eine schreckliche Wohnungsnot. Hunderte sind als Wohnungsuchende jahrelang eingetragen, aber noch ist nicht daran zu denken, daß trotz Neubauten die Wohnungsuchenden abnehmen. Warum? Weil die Arbeiter einfach nicht imstande sind, die teuren Wohnungen auf der Schützenstraße zu beziehen. Anstatt man nun die Mieten der Neuwohnungen für die wohnungsuchenden Arbeiter annehmbar herabsetzt, verschiebt der Magistrat die Wohnungen an auswärtige Zahlungsfähige, die gar nicht mal hier als Wohnungsuchende eingetragen sind oder erst viel später eingetragen wurden. Wie kommen die auswärtigen Zahlungsfähigen dazu, die zum größten Teil von unserer Hauszinssteuer erbauten Wohnungen nun zu beziehen und obendrein jetzt die Miete ermäßigt zu bekommen, wo dies doch, als sich Arbeiter meldeten, nicht möglich war? Wir hoffen, daß der Magistrat sich zu dieser Angelegenheit äußern wird!

Auch gibt es eine Reihe Wohnungen, die jeder Beschreibung spotten, so eine z. B. auf der Schützenstraße bei Siedemüller, wo ein Arbeiter Kolonie wohnt. Diese Wohnung wäre viel eher mit einem Schweinestall zu vergleichen, als mit menschlicher Behausung. Es ist ein Skandal, wenn die Stadt derartige Räuberhöhlen noch vermietet. Dann kann man noch eine Reihe Fälle nennen, wo die Wohnungsämter geradezu die Sittlichkeit in höchsten Grade gefährdet. **So müssen z. B. auf der Grüssauer Straße zwei Familien in zwei Betten in einer Wohnstube schlafen. Es schlafen Vater und Mutter mit einem 13jährigen Jungen in einem Bett, im anderen Bett eine verheiratete Schwester mit einer 16jährigen und einem Schulmädchen in einem Bett zusammen. Wohin sollen diese Zustände denn führen?**

Arbeiter und Wohnungsuchende, es ist höchste Zeit, daß Ihr Euch gegen diese Wohnungsschiebungen zur Wehr setzt, damit Ihr bald zu anderen Verhältnissen gelangt. Nur die Kommunisten leuchten hinein in alle Schiebereien und Bestechungen und kämpfen mit und für Euch um bessere Zustände. Darum lest unsere Presse, die „Schlesische Arbeiterzeitung", kommt zur Kommunistischen Partei!

## Die Zerstörungsarbeit des SPD.-Vorsitzenden in der Elternvereinigung!

Die Generalversammlung der „Freien Elternvereinigung" wurde vom Vorsitzenden, Schulfreund Joseph Hoffmann, geleitet. Die Tagesordnung war: 1. Bericht über die Breslauer Gedenkfeier. 2. Austritt des Herrn Lehrer Faulhaber aus der Freien Elternvereinigung. 3. Stellungnahme der anderen Lehrer dazu. 4. a) Jahresbericht, b) Kassenbericht. 5. Vorstandswahl. 6. Schulentlassungsfeier. 7. Propaganda und Agitation. 8. Anträge und Verschiedenes.

Die Generalversammlung war außerordentlich stark besucht und die Tagesordnung ließ erkennen, daß das Barometer auf Sturm stand. Die Erklärung, die die drei Lehrer der Opposition abgaben, rief eine große Entrüstung der anwesenden Eltern hervor. Die Breslauer Schulfreunde bewiesen ganz energisch gegen die Art der Anwendung ihrer Gelder. Der Vorwurf, daß die „Freie Elternvereinigung" mehr als früher eine Kampforganisation sein muß, daß alle Anständigen verpflichtet sind, gegen den Standpunkt des Herrn Faulhaber, daß die Vereinigung eine überflüssig gewordene Institution wäre, Front zu machen, rief scharfe Zusammenstöße, große Erregung und Auseinandersetzungen zwischen den Getreuen der Opposition und den Getreuen hervor, welche hinter dem alten Vorstand standen. Die Vorstandswahl konnte große Krawalle befürchten lassen, daß trotzdem die Intoleranz der Herren Lehrer und Berger auf die Spitze, wie sie zur „Elternvereinigung" stehen, in unschöner Weise zum Ausdruck kamen. Die Wahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden (der verzieht) und an dessen Stelle Genosse Rohner tritt, sowie des ersten Schriftführers, der Herr Lehrer Rüder ist. Die Schulentlassungsfeier soll in einem würdigen Rahmen abgehalten werden und die Arbeiten dazu wurden einer Kommission übertragen. Da sich zum Schluß die Situation etwas glättete und die Lehrer der Opposition einsahen, daß sie nicht taktisch gehandelt hatten, erklärten sie, daß sie mit dem neuen Vorstande für das weitere Gedeihen der weltlichen Schule arbeiten wollen.

Nach einem kühnigen Appell des Vorsitzenden in der Agitation zur weltlichen Schule nicht zu erlahmen, wurde die Generalversammlung geschlossen. Notwendig ist es, daß alle denkenden Arbeiter erkennen, daß ihre Kinder der weltlichen Schule zugeführt werden müssen, um sie zu geistig und kulturell hochstehenden Menschen zu erziehen. Denn die bürgerlichen Lehrer haben kein Interesse an dem geistigen Fortkommen der Arbeiterkinder und gehen mit der Reaktion Hand in Hand, da ja ihr Motto ist, es soll immer Herren und Knechte geben und wer Knecht ist, muß Knecht bleiben.

## Landeshut.

**Jeder klassenbewußte Arbeiter Landeshuts ehrt die großen Toten, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin, am 30. Januar, abends 8 Uhr im Gasthof zur Sonne.**

**Außer Rezitationen und Gesangsvorträgen gelangt das zweiaktige Theaterstück „Opfer der Revolution" zur Aufführung. Eintritt 30 Pfg.**

**Kommunistische Partei, Ortsgruppe Landeshut.**

## Protestversammlung der Kleinbürger.

**Hirschberg.** Die wirtschaftlichen Organisationen der Kleinbürger Hirschbergs veranstalteten am 26. Januar eine Protestversammlung. Der Redner aus Breslau brandmarkte die Vorlage des Magistrats, die eine kolossale Erhöhung der Steuern vorsieht, der Gewerbesteuer um 730 Prozent, der Grundvermögenssteuer um 170 Prozent und der Hauszinssteuer um 40 Prozent. Die Diskussion war eine sehr rege. Als erster sprach ein Kaufmann Schiller, welcher es nicht verstand, daß eine solche Steuerpolitik im Hirschberger Stadtparlament getrieben werden könne. Als zweiter sprach ein Redner von der KPD., Genosse Kirschke, der den Magistrat, sämtliche bürgerlichen Parteien bis zu den Sozialdemokraten scharf angriff. Als Gegner meldete sich der Stadt- und Landtagsabgeordnete Direktor Schmidt, welcher die Ausführungen abschwächen wollte. Die KPD. verhetze die Arbeiter und behindere so den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands. Die KPD. solle den Weg zeigen, wie wir aus dem Elend herauskommen. Auf den Zwischenruf des Genossen Kirschke „Sowjetrußland", kam der Redner, Herr Schmidt, außer Fassung. Nachdem noch einige Redner sprachen, nahm der Referent das Schlußwort. Er bedauerte, daß die Diskussion ins Politische übergegangen war. Eine Resolution wurde angenommen, die derartige Verlagen ablehnte. Die Partei der Kapitalsknechte, die SPD., war nicht erschienen. Manchen Kleinbürger mag in der Versammlung zum Bewußtsein gekommen sein, daß seine Interessen nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern in gemeinsamer Front mit den Arbeitern unter Führung der einzigen Arbeiterpartei, der KPD., gewahrt werden können. Dies bewies der starke Beifall, der dem Genossen Kirschke gezollt wurde.

## Ein Irrtum.

Wir brachten vor einigen Tagen einen Artikel: Siedlerversammlung Liebau, der nur irrtümlich in unsere Zeitung gelangt ist.

# Arbeitersport.

## An Schlesiens Arbeitersportler!

In erfreulicher Weise haben sich Hunderte von Arbeitersportlern Schlesiens auf die letzte Aufforderung hin Sonnabend und Sonntag zum Besuch der internationalen wintersportlichen Wettkämpfe in Schreiberhau gemeldet. Einige Tausend müßten es sein. — Warum dies Zögern?

Finden die internationalen wintersportlichen Wettkämpfe überhaupt statt? Das ganze Flachland weist keinen und das Mittelgebirge wenig Schnee auf. Diese bange Frage erklärt das Zögern so vieler Hunderter von Arbeitersportlern. Die Antwort heißt: Die internationalen wintersportlichen Wettkämpfe finden bestimmt statt. Die Schneelage reicht vom Kamm des Riesengebirges bis nach Oberschreiberhau.

Die Verlegung des Zieles der Wettkämpfe (Langläufe) von Oberschreiberhau nach Josephinenhütte (eine Viertelstunde Weges entfernt) ist erforderlich.

Die Sprünge finden auf der Sprungschanze an der Neuen Schlesischen Baude statt.

Für die Rodelwettkämpfe bleibt Ziel der Zackelfallberg.

Unsere finnländischen und österreichischen Arbeitersportgenossen üben bereits Tag für Tag dieser Woche im Hochgebirge zu den Wettkämpfen. Allen denen, die bisher ratlos zögernd beiseite standen, sei gesagt, daß es, dank des Entgegenkommens des Verkehrsausschusses und der Gemeindeverwaltung Schreiberhau auch denen, die bisher noch nicht gemeldet sind, noch möglich ist, die Wettkämpfe zu besuchen.

Bei Ankunft in Oberschreiberhau am Bahnhof sind alle bisher nicht gemeldeten Besucher sofort im Bahnhofsrestaurant, wo der Festkassierer und Quartierausschuß Freitag und Sonnabend ständig vertreten ist, zu melden. Die Meldung muß durch einen Vertreter für alle Besucher eines Ortes erfolgen.

Festbeitrag für alle Sonnabend- und Sonntagsbesucher 1 Mk. einschließlich Quartier.

Massenquartier in geheizten Räumen. Decke ist von jedem Besucher mitzubringen. Warmes Frühstücksgetränk wird gegen geringes Entgelt verabfolgt. Abkochen kann wegen Feuersgefahr nicht gestattet werden.

Zum Besuch des Begrüßungsabends muß eine besondere Eintrittskarte gelöst werden (50 Pfennige).

Wer einen Rodel sein eigen nennt, bringt denselben mit, damit die Talfahrt vom Besuch der Sprungwettkämpfe am Sonntagvormittag bei der Neuen Schlesischen Baude mit Rodel erfolgen kann. Daß der Skiläufer seine Breitel mitbringt, ist wohl selbstverständlich.

Der kurze Aufstieg auf den Reifträger von der Neuen Schlesischen Baude sei allen Besuchern, auch den Sonnabend- und Sonntagsbesuchern, dringend empfohlen. Die Mühe wird tausendfach belohnt. Bei nur einigermaßen winterlicher Stimmung dürfet ihr aus dem Staunen über die Winter-Märchenpracht unseres Hochgebirges nicht herauskommen. Wer diese einmal offenen Auges und Sinnes schaute, dürfte für immer begeisterter Anhänger des Wintersports sein. Die Sehnsucht nach den winterlichen Bergen wird ihn immer und immer wieder erfassen. Heraus ihr Gleichgültigen und Zagen aus der Enge eures Ortes. Kommt am Sonnabend und Sonntag nach Oberschreiberhau zur Wintersport-Olympia des Arbeitersports.

Der Weg von Oberschreiberhau über den Zackelfall zur Neuen Schlesischen Baude muß am Sonntag einer Völkerwanderung gleichen.

**Arbeitersportler Schlesiens, kommt am 31. Januar, 1. und 2. Februar nach Schreiberhau! Ihr werdet es nicht bereuen.**